Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 28. Sonnabend, den 5. März 1910. 38. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Weststraße 54a

befindet sich jetzt

die Geschäftsstelle der

Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen u. Umgegend.

Fernsprecher 166.

Eine Anzeigen-Annahme

der „Kamener Zeitung" befindet sich auch bei Herrn E. Holtmann

Bahnhofstraße 58

Fernspr. 133.

Der Reichstag

setzte am Mittwoch die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern fort. Er nahm zunächst die Abstimmung über die etwa 60 vorliegenden Resolutionen vor, von denen die meisten angenommen wurden. In der dann folgenden Spezialberatung kam es zunächst, veranlaßt durch einen nationalliberalen Antrag über die Gründung und Unterhaltung einer Reichsanstalt für Luftschiffahrt in Friedrichshafen zu einer längeren Luftschiffdebatte. Auch das Zentrum hatte zu diesem Punkt eine Resolution eingebracht, die in Friedrichshafen die Errichtung einer mit allen Hilfsmitteln der modernen Technik ausgestatteten Versuchsanstalt verlangt. Der Zentrumsabgeordnete Leser will der Aviatik und der Aeronautik Eingang in die deutschen Hochschulen verschaffen. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Hieber, gleichfalls ein Württemberger, will die Friedrichshafener Anstalt nicht nur als eine Förderung der Zeppelinschen Unternehmungen, sondern aller Luftschiffsysteme betrachtet wissen. Der konservative Abg. Graf Carmer-Zieserwitz und der freisinnige Abg. Dr. Delbrück sprachen im gleichen Sinne. Der Staatssekretär Delbrück äußerte manche Bedenken gegen die Errichtung einer solchen Anstalt in Friedrichshafen, vor allem wegen der nicht unbedeutenden Kosten. Immerhin sprach er kein glattes Nein, sondern erhofft weiteres von Konferenzen, zu denen alle Beteiligten zugezogen werden sollen. Der württembergische Bundesratsbevollmächtigte Dr. v. Köhler betrachtete es als einen Akt der Pietät gegen den Grafen Zeppelin, daß die Anstalt, wenn sie überhaupt gegründet wird, in Friedrichshafen erbaut wird. Beide Resolutionen wurden angenommen und dann setzte eine lange Debatte über die Lage der deutschen Hochseefischerei ein. Vor allem der deutsche Heringsfang hat unter schottischer und norwegischer Konkurrenz sehr zu leiden. Alle Parteien nahmen sich der Not der deutschen Seefischer an, und die Regierung konnte sich diesen Klagen nicht verschließen.

Gesamtausschuß-Sitzung des Hansabundes.

Zum ersten Male seit seiner Gründung trat der Gesamtausschuß des Hansabundes zusammen. Vor Eintritt in die Versammlung wurde auf einstimmigen Beschluß der Versammlung, die unter der Leitung des Präsidenten Geheimrat Professor Rießer stand, folgendes Huldigungstelegramm an den Kaiser gesandt: „Die anläßlich der ersten Tagung des Gesamtausschusses des Hansabundes Vertreter aus Gewerbe, Handel und Industrie aller deutschen Bundesstaaten, die das einmütige Schaffen der bürgerlichen Erwerbsstände für des Reiches Größe und Wohlfahrt im Hansabunde verkörpern, bitten ehrfurchtsvoll Ew. Majestät als erhabenen Förderer und Schützer bürgerlicher nationaler Arbeit und Schirmherrn des Friedens das Gelöbnis unwandelbarer Treue und Hingebung erneuern zu dürfen."

Das erste Referat „Ueber die Entwicklung und Ziele des Hansabundes" hatte der Präsident Geheimrat Rießer selbst übernommen. Er präzisierte hierbei zunächst die Stellung des Hansabundes gegenüber dem Bunde der Landwirte und der Landwirtschaft im allgemeinen. Das Entstehen des Hansabundes sei einzig und allein die natürliche Folge der maßlos einseitigen Interessenpolitik des Bundes der Landwirte gewesen. Daß dieser Bund natürlich von den Bündlern mit scheelen Augen angesehen werde, sei schließlich verständlich, daß aber Angriffe auf eine wirtschaftliche Organisation, wenn sie auch vielleicht gegenseitige Interessen vertreten, in so maßloser Form unternommen würden, wie dies jüngst im Zirkus Busch der Bund der Landwirte gegenüber dem Hansabunde beliebte, sei tief bedauerlich. Die Pfuirufe, mit denen jede Nennung des Namens Hansabund dort begrüßt wurde und die vom Vorsitzenden mit keiner Rüge bedacht wurden, zeigten, daß seitens der Landwirte gegen die Anhänger des Hansabundes eine Stellung eingenommen werde, als ob sie nicht mehr Brüder eines Volkes, sondern Todfeinde seien. Der Hansabund würde auf diesem Wege nicht folgen. Hier habe man so viel Verständnis, daß man einsehe, daß es dem Vaterlande schlecht gehe, wenn es der deutschen Landwirtschaft schlecht gehe. Dort aber verstehe man nicht, daß ein Ruin des blühenden deutschen Handels, der Industrie und des Gewerbes auch zugleich den Ruin Deutschlands bedeutet. Redner streifte dann kurz die Stellungnahme des Hansabundes bei den künftigen Wahlen und endete unter stürmischem Beifall der Versammlung mit dem Hinweis auf die hohen Ziele des Deutschen Hansabundes.

Der neue Direktor des Bundes der frühere Oberbürgermeister von Bromberg Knobloch gab dann als zweiter Redner zuerst eine Statistik des Einflusses von Handel, Gewerbe und Industrie auf den Gang der parlamentarischen Geschäfte und der Selbstverwaltung. Danach besitzen der Hansabund und die Interessen, die er vertrete noch viel zu wenig Einfluß auf die parlamentarischen Körperschaften. Dasselbe gelte auch für die kommunalen Selbstverwaltungen. Hier müsse mit aller Kraft eingesetzt werden. Dann ging der Redner zu den wichtigeren Mittelstandsfragen über und beschäftigte sich vor allem mit der Politik der Agrarier in diesen Fragen, die alles andere als mittelstandsfreundlich sei. Durch die neue Steuerreform sei gerade der Mittelstand in unerhörter Weise bedrückt, zahlreiche kleine Existenzen einfach vernichtet worden. Da müsse der Hansabund helfend eingreifen. Er beabsichtige zu diesem Zwecke, der Lösung des Problems näherzutreten, wie die offenen Forderungen des Mittelstandes, der Handwerker und der Kleinkaufleute beleihbar zu machen sind. In Neiße in Schlesien habe man dies durch die Beihilfe von Banken bereits erreicht. Weiter gelte es, die Schäden des Submissionswesens zu beheben. Hier müsse endlich die Regierung Stellung nehmen. Die Schädigung durch Konsum- und Beamtenvereine, die dem Mittelstande das Leben sauer machten, müßte möglichst paralysiert werden. Das alles sei praktische Arbeit, die der Hansabund mit Freuden auf sich nehme.

In der darauf folgenden kurzen Besprechung wies der Ehrenobermeister und zweite Präsident des Hansabundes Richt (Berlin) die von agrarischer Seite aufgestellte Behauptung zurück, als ob der Mittelstand, speziell das Handwerk, nur eine Dekoration des Hansabundes darstelle. — Stadtrat Kölsch (Karlsruhe) regte an, als Seitenstück zu dem Bund der Landwirte alljährlich einen großen Hansatag in Berlin abzuhalten. — Nach einem Schlußworte des Bundespräsidenten, der der Hoffnung auf eine gedeihliche Fortentwicklung des Bundes Ausdruck gab, wurde die Gesamtausschußsitzung geschlossen.

Des Kaisers Dank.

Auf das Begrüßungstelegramm, welches der Gesamtausschuß des Hansabundes an den Kaiser gesandt hatte, ist folgende Antwort eingegangen: „Geheimer Justizrat Dr. Rießer hier: Ich habe den freundlichen Gruß des Gesamtausschusses des Hansabundes für Gewerbe, Handel und Industrie gelegentlich seiner ersten Tagung gerne entgegengenommen und danke bestens für den Ausdruck treuer Anhänglichkeit. Wilhelm."

Zusammenbruch der radikalen Frauenbewegung.

Die mehr oder weniger bejahrten Jungfrauen und die weniger oder mehr unverstandenen Frauen, die mit Helene Stöcker, Adele Schreiber, Minna Cauer und den anderen Amazonen-Führerinnen flammenden Gemüts und zornbebenden Mundes gegen die unerträgliche Herrschaft des Mannes und für die Süßigkeit freier Liebe bei staatlicher Kindererziehung ins Feld gezogen sind, werden aus der Berliner Vorstandssitzung und aus der Hallenschen Hauptversammlung des Bundes für Mutterschutz mit dem kleinlauten Gefühle heimgezogen sein, das nach dem Sprichwort gemeinhin begossenen Pudeln eigen zu sein pflegt. Denn was dort an sittlichem Schmutz und Unordnung in der Geschäftsführung aufgedeckt, an unglaublichen Klatschereien vorgebracht wurde, ging sogar den Damen mit den geschmacklosesten Turban-Frisuren über das Seidenband ihrer Riesenhüte.

Selbst einer, der den Grad von Unempfindlichkeit in sittlichen Dingen bei diesen Damen genau zu kennen scheint, der Obergenosse Abg. Dr. David, vermochte mit seinem Ausspruch: „Aber meine Damen, wir sind doch nicht in einer christlichen Sittlichkeitsversammlung" die durch die Enthüllungen geknickten Herzen nicht wieder aufzurichten. Geheimrat Prof. Dr. Mayet versprach vor den Sitzungen, „eine Eiterbeule aufzustechen." Das ist redlich besorgt worden. Es wurde festgestellt, daß der weitaus größte Teil der beim Bunde von edlen Spendern zur Hilfe für unglückliche Mütter eingegangenen Gelder für Gehälter an die Bundesvorsitzende Helene Stöcker und deren Sekretärin sowie für Verwaltungszwecke aufgegangen sind, daß der Kassenführer Sanitätsrat Dr. Arendt die Bundes-Kasse nie zu Gesicht bekommen hat, die Kassen-Buchführung verwahrlost war und daß sein Drängen nach Ordnung bei der Vorsitzenden vergeblich gewesen ist, daß Helene Stöcker ihre Liebhaber in den Vorstand hinein gebracht hat und mit deren Hilfe die schon über ein Jahr lang währende Versuche, Gesundung im Bund herbeizuführen, mit Erfolg und Energie verhindert hat. Die übrigen erbaulichen Höhepunkte waren in der Berliner Versammlung die mittlerweile von der betroffenen Seite abgeleugnete Verabreichung einer Ohrfeige an den einen der Stöckerschen Liebsten durch Adele Schreiber und in Halle das liebliche Schauspiel des Gezänkes keifender weiblicher Wesen, die sich gegenseitig ihre Liebhaber vorwarfen und mit Einzelheiten aus dem Liebesleben der jeweiligen Gegnerin aufwarteten.

Das Ergebnis all der widerlichen Auseinandersetzungen ist, daß der Sitz des Bundes bis zur nächsten Hauptversammlung von Berlin nach Breslau verlegt wurde, und daß Helene Stöcker diesen Wink mit dem Zaunpfahl verstand und nach fünfjähriger Beherrschung des Bundes mit ihrem Gespons in freier Liebe und mit Frl. Lischnewska aus dem Vorstand austrat. Das hält den Zusammenbruch des Bundes nicht mehr auf.

Deutschland.

— **Das Herrenhaus** wird am 15. und 16. d. Mts. vielleicht auch am 17. d. Mts. Plenarsitzung abhalten, um eine Reihe kleinerer Vorlagen zu erledigen.

— **(Kiautschou in der Budgetkommission.)** Die Kommission ersuchte in einer Resolution den Reichskanzler um einheitliche Grundsätze für die Unterhaltung der Gebäude unter Berücksichtigung möglichster Sparsamkeit. Im Anschluß hieran werden diesmal bei den Reparaturkosten 4400 Mk., bei der Reinigung, Feuerung usw. der öffentlichen Gebäude 10 000 Mk. gestrichen. Den Wert der Hafenanlagen in Tsingtau gibt die Marineverwaltung mit 28 Millionen Mark an. Die Uebertragbarkeit des Fonds für die bauliche Unterhaltung wird gestrichen. Es werden noch einige weitere kleine Abstriche gemacht. Beim Kapitel Militärverwaltung erhebt ein sozialdemokratischer Redner von neuem die Frage, ob man nicht die Besatzung von Kiautschou ganz zurückziehen solle. Die Truppe sei ja nur wegen der Aufstände dort gehalten. Der Staatssekretär bemerkt dazu, die Chinesen sehen den Nutzen des deutschen Kiautschou immer mehr ein. Ein Port Arthur wolle man nicht schaffen, aber das jetzige Minimum an Truppen sei nötig.

— **(Die Mittelmeerreise des Königs von Sachsen.)** Der König von Sachsen traf Dienstag nachmittag in Korfu ein und wurde, trotzdem er streng inkognito fährt, von den Hafenbehörden, dem deutschen Vizekonsul und einer zahlreichen Menschenmenge begrüßt. Der König machte eine Reihe photographischer Aufnahmen von dem Gefolge und dem Hafenleben und unternahm später einen Spaziergang durch die Stadt. Für Mittwoch war ein Ausflug nach dem Achilleion vorgesehen.

— **(Ober-Hofmeister Graf Seckendorff gestorben.)** Der ehemalige Ober-Hofmeister der Kaiserin Friedrich Graf Götz von Seckendorff ist, 68 Jahre alt, gestorben. Er erlag einer Lungenentzündung, die er sich vor einigen Tagen zugezogen hat.

— **(Neue Beamtenmaßregelungen?)** Der „Voss. Ztg." wird aus Magdeburg gemeldet: Die Vereinigung von Beamten im öffentlichen und privaten Dienst zu Magdeburg, kurz Beamtenwahlverein genannt, sprach sich kürzlich energisch gegen die preußische Wahlrechtsvorlage aus. Verschiedene Redner protestierten dagegen, daß die Beamtenschaft aus der Bürgerschaft herausgehoben und mit einem Sonderwahlrecht bedacht werde. Unter den Rednern befanden sich Staatsbeamte, deren Namen durch die Referate der Zeitungen über die Versammlung bekannt wurden. Diese sind nun von ihren vorgesetzten Behörden darüber vernommen worden, wer die betreffenden Aeußerungen getan habe.

— **(Die linksliberale Einigung.)** Ueber den Zusammenschluß der linksliberalen Parteien wird am Sonnabend und Sonntag in Berlin die endgültige Entscheidung getroffen werden.

— **(Zur Wahlrechtsdemonstration im Treptower Park.)** Zu dem Spaziergang im Treptower Park, der von den Sozialdemokraten für den kommenden Sonntag geplant ist, hört der „L.-A." aus maßgebenden Kreisen, daß dieser Spaziergang in Verbindung mit der angekündigten Demonstrationsabsicht als eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel betrachtet wird.

Westfalen u. Rheinland.

Den Nachdruck der mit * versehenen Lokalartikel untersagen unsere Mitarbeiter unter allen Umständen.

* **Kamen,** 5. März. **(Verschiedenes.)** Die Regierung zu Arnsberg verfügt an die Kreisschulinspektoren folgendes: „Um zu verhüten, daß Volksschulkinder durch die unrichtige Anmeldung eines gar nicht beabsichtigten **Uebertritts in eine höhere inländische Schule** der Schulpflicht entzogen werden, bestimmen wir: „In dem Abgangszeugnisse der noch schulpflichtigen Kinder, die sich mit der Angabe, in eine höhere Schule übertreten zu wollen, von der Volksschule abmelden, ist ein Vermerk dahin aufzunehmen, daß dieses Zeugnis nur im Falle des nachgewiesenen Eintrittes in die betreffende höhere Schule die Streichung in der Schülerliste bedinge."

(Entlastung des Reichsgerichts.) Der Bundesrat beschloß die Entlastung des Reichsgerichts durch Ausschluß der Revision bei übereinstimmendem Urteil der Vorinstanzen.

Der Gesetzentwurf über die Reinigung öffentlicher Wege wird, nachdem ihm die königliche Ermächtigung zur Vorlage an den Landtag erteilt worden ist, noch vor den Osterferien dem Abgeordnetenhause zugehen. Ueber seinen Inhalt erfahren wir folgende Einzelheiten: Der Gesetzentwurf beschränkt sich darauf, zu bestimmen, wer reinigungspflichtig ist; dagegen ist davon abgesehen, die Voraussetzungen, Art und Maß polizeimäßiger Reinigung zu regeln. Die Bestimmung hierüber soll wie bisher durch Polizeiverordnung geregelt werden. Im wesentlichen übereinstimmend mit dem geltenden Recht ist Träger der Verpflichtung zur polizeimäßigen Reinigung der öffentlichen Wege die Gemeinde, sofern nicht ein anderer nach Rechtsnormen verpflichtet ist. Das bestehende örtliche Recht wird im allgemeinen aufrecht erhalten. Die Gemeinden sollen nun berechtigt sein, durch Ortsstatut die einem anderen obliegende Verpflichtung zur Reinigung öffentlicher Wege ganz oder teilweise zu übernehmen. Ferner kann durch ein unter polizeilicher Zustimmung zu erlassendes Ortsstatut die Verpflichtung zur polizeimäßigen Reinigung den Eigentümern der angrenzenden Grundstücke oder einzelnen Klassen übertragen werden. Für selbständige Gutsbezirke kann das Ortsstatut auf Antrag des Gemeindevorstehers nach Anhörung des Gutsbesitzers und der zu Belastenden vom Kreisausschuß erlassen werden. Streitigkeiten der Beteiligten darüber, wem die öffentlich rechtliche Verpflichtung zur Reinigung eines öffentlichen Weges obliegt, sind im Verwaltungsstreitverfahren zu entscheiden. Die ordentlichen Gerichte kommen also für derartige Streitigkeiten nicht mehr in Betracht.

(Königlich Preußische Klassen-Lotterie.) Die Erneuerung der Lose zur zweiten Klasse 222. Lotterie muß mit Vorlegung des Vorklassenloses bei Verlust des Anrechts bis zum Montag, den 7. März, abends 8 Uhr, erfolgen.

Auf den in der vorigen Nr. unserer Zeitung angekündigten **Theaterabend** des Turnvereins „Eintracht" am Sonntag machen wir an dieser Stelle noch einmal aufmerksam. Die Vorbereitungen sind derart sorgfältig getroffen worden, daß allen Besuchern recht genußreiche Stunden in Aussicht stehen.

** **Werne,** 3. März. **Auf Zeche Werne** wurde der Hauer Theodor Bergmann aus Varnhövel dadurch tödlich verletzt, daß während der Kohlengewinnung sich ein größeres Stück Kohle löste, welches die Bühne, auf der der Verunglückte stand, durchschlug, wodurch B. in das Streb abstürzte. Bergmann war verheiratet und hinterläßt Frau und 5 Kinder.

? **Soest,** 5. März. **Einen schauerlichen Fund** machte Donnerstag der den sogen. Deiringserweg beaufsichtigende Wegewärter. Einen halben Meter vom Jakobitor entfernt bemerkte er unter einem aufgemeterten Grauwackesteinhaufen einen in einen alten Sack gewickelten Gegenstand; neben dem Steinhaufen lagen einige Bogen Packpapier. Beim Oeffnen des Sackes fand er die Leiche eines einige Tage alten Kindes männlichen Geschlechts. Die Leiche kann erst am Mittwoch unter den Steinhaufen gebracht worden sein, da die Steine erst am 28. Februar aufgemetert worden sind. Polizeiliche Recherchen nach der unnatürlichen Mutter sind sofort in die Wege geleitet worden.

** **Dortmund,** 3. März. **(Stiftung.)** Die Inhaber der Firma Dortmunder Brückenbau C. H. Jucho, Heinrich und Max Jucho, haben zum Andenken an ihre verstorbenen Eltern am gestrigen Tage, dem Geburtstage ihres Vaters, eine Unterstützungskasse für die Beamten und Arbeiter ihrer Fabrik ins Leben gerufen und ihr einen

Betrag von 50 000 Mk. als Grundstock überwiesen. Die Stiftung soll den Namen „Kaspar, Heinrich und Johanna Jucho-Stiftung" führen.

* **Lütgendortmund,** 4. März. **Schwer verletzt** wurde durch einen Schuß der Bergmann Moritz von hier, der den Polizeibeamten Stelter tätlich angegriffen hat. M. war von dem Polizeibeamten zur Ruhe aufgefordert worden, griff aber den Beamten, der sich zuerst mit seinem Säbel wehrte, wiederholt an und warf ihn schließlich in den Straßengraben. Als er nun die Aeußerung tat, daß er den Beamten „kaputt" machen wolle, machte dieser von seiner Schußwaffe Gebrauch. Der Schuß durchschlug den Körper des M. glatt. Der Verletzte wurde dem Krankenhause zugeführt.

„—" **Hagen,** 4. März. **Einen eigenartigen Anblick** gewährte Dienstag der Sitzungssaal der hiesigen Strafkammer, vor der sich nicht weniger als 19 Wirte aus Lüdenscheid, Haspe und Altena wegen gewerbsmäßigen Glücksspiels durch Automaten zu verantworten hatten. Die Ansicht der Sachverständigen ging weit auseinander, manche bezeichneten den Betrieb der Automaten als reines Glücksspiel, andere nahmen nur große Geschicklichkeit an. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft selbst gab seinem Bedauern Ausdruck, daß er nach den Bestimmungen gezwungen sei, die Mindeststrafe von einem Tag Gefängnis gegen jeden der Angeklagten zu beantragen, denen er im übrigen die Abgabe eines Gnadengesuchs empfahl, das seine, des Staatsanwalts, Unterstützung finde. Das Gericht sprach schließlich sechs Angeklagte kostenlos frei, verurteilte dagegen 13 zu der Mindeststrafe von je einem Tage Gefängnis.

** **Gevelsberg,** 4. März. **(Ueberfahren.)** Von einem Motorwagen der elektrischen Straßenbahn wurde in der Mittelstraße das 5jährige Töchterchen eines hiesigen Fabrikarbeiters vor den Augen seiner Mutter überfahren und getötet.

(?) **Bochum,** 4. März. **(Ueberraschte Einbrecher.)** In der Nacht wurden mehrere Einbrecher bei ihrer Arbeit im Lagerraum der Firma Block & Dodt überrascht. Sie ergriffen die Flucht. Einer der Einbrecher wurde schon bald nachher eingeholt und festgenommen, zwei seiner Mitschuldigen konnten von der Kriminalpolizei noch in der Nacht in ihren Wohnungen verhaftet werden. Die Einbrecher hatten große Mengen gestohlenen Gutes in einen benachbarten Garten geschafft, wo sie von der Polizei aufgefunden wurden.

** **Gelsenkirchen,** 4. März. **(Selbstmord im Gefängnis.)** Der Schriftsteller Karl Schweich, der wegen Verdachts des Vergehens gegen § 175 verhaftet worden war, hat sich kurz nach der Einlieferung ins Untersuchungsgefängnis erschossen.

*

Ein folgenschweres Strassenbahnunglück.

Recklinghausen, 3. März. Auf der Strecke Resse-Herten stießen zwei starkbesetzte Motorwagen der elektrischen Straßenbahn zusammen. Bei dem scharfen Anprall wurden beide Vorderperrons vollständig zertrümmert. Zwölf Personen wurden verletzt, darunter zwei schwer.

Weiter wird gemeldet: Das Unglück auf der Straßenbahnstrecke Herten-Resse ereignete sich heute vormittag gegen ½10 Uhr. Schuld an dem Zusammenstoß war der dichte Nebel, der über der Gegend lagerte. Die beiden Wagen stießen kurz vor Resse in voller Fahrt mit ungeheurer Wucht aufeinander. Sie wurden arg zertrümmert. Unter den Verletzten befinden sich der Oberkontrolleur Knepper, der Schaffner Kluge und der Schaffner Jask. Die übrigen Verletzten sind Passagiere. Alle wurden mit Wagen in das Hertener Krankenhaus geschafft. Durch den Nebel wurde noch ein zweites Unglück verschuldet, das aber weniger folgenschwer war. Auf der Straßenbahnstrecke Recklinghausen-Resse wurde ein Milchfuhrwerk von einem Straßenbahnwagen angerannt und schwer beschädigt. Das Pferd wurde verletzt. Der Führer des Motorwagens und der Milchfuhrmann kamen mit dem Schrecken davon.

*

** **Remscheid,** 3. März. **Unter Vergiftungserscheinungen verstarb** hier eine 70 Jahre alte Witwe aus der Nordstraße. Man nimmt an, daß die Greisin Selbstmord verübt hat.

H **Solingen,** 3. März. **(Selbstmord eines taubstummen Ehepaares.)** Ein zugereistes taubstummes Ehepaar Platzen aus Krefeld beging in der vorvergangenen Nacht im hiesigen Gewerkschaftshaus Selbstmord, indem es den Gashahn öffnete. Der Mann war 26 und die Frau 20 Jahre alt. Der Beweggrund zu der Tat ist noch nicht aufgeklärt.

** **Ohligs,** 3. März. **(Friedhofsschänder.)** In der Montag-Nacht wurden auf dem hiesigen katholischen Friedhofe ungefähr 50 Grabkreuze aus der Erde gerissen und verschiedene Grabeinfassungen zerstört.

** **Duisburg,** 4. März. **Ein alter gefährlicher Schiffsdieb** stand in der Person des Bergmanns Wilh. Kortmann aus Herten vor der hiesigen Strafkammer. Die letzten zehn Jahre brachte er fast ununterbrochen wegen Diebstählen im Zuchthause zu, aus dem er erst im Januar v. Js. entlassen wurde. Schon im April begann er wieder in den Duisburg-Ruhrorter Häfen Schiffsdiebstähle auszuführen. Er schlich sich nachts in den Mannschaftsraum und stahl den schlafenden Matrosen aus den Taschen und Schränken Uhren, Geld und sonstige Wertsachen. Bei einem solchen Diebstahl wurde er im Oktober abgefaßt. Das Gericht verurteilte ihn jetzt zu 4 Jahren 2 Monaten Zuchthaus.

** **Neuß,** 3. März. **(Von einem Stier getötet.)** Der Ackerer Kaspar Bellen wurde von einem Stier zu Boden gestoßen und sofort getötet.

** **Düsseldorf,** 3. März. **(Mord und Selbstmord.)** Gestern morgen wurde in der Ellerstraße ein erst kürzlich zugezogenes Ehepaar Gärtner tot aufgefunden. Dem Anschein nach hat der Mann erst seine Frau erschossen und dann sich selbst.

** **Düsseldorf,** 4. März. **(Ueberfahren.)** Auf der Bahnstrecke Düsseldorf—Hilden wurde der Arbeiter Uebber von einem Personenzug überfahren und schwer verletzt.

** **Düsseldorf,** 4. März. **(Der Tod in der Arrestzelle.)** In einer Wirtschaft in Benrath verübten vier Personen in betrunkenem Zustande einen derartigen Skandal, daß sie in Polizeigewahrsam genommen werden mußten. Als gestern morgen ein Polizeibeamter die Arrestzelle betrat, um die Personalien festzustellen, fand er den Former Christian Burt tot auf der Pritsche liegend vor. Anscheinend liegt Alkoholvergiftung vor.

** **Düsseldorf,** 4. März. **Das Schwurgericht** verurteilte den jugendlichen Arbeiter Johann Specht aus Wiesdorf, der dort am Abend des 3. Januar den Arbeiter August Böhn überfallen und ihm gewaltsam das Portemonnaie abgenommen hatte, wegen Straßenraubs zu zwei Jahren Gefängnis.

** **Krefeld,** 4. März. **(Selbstmordversuch.)** In der Frühe fand ein Polizeibeamter auf dem Westwall einen Mann, der aus zwei Wunden in der Herzgegend stark blutete. Es war ein Arbeiter aus Uerdingen, der versucht hatte, sich zu erdolchen. Der Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus geschafft. Der Grund zu seiner Tat steht noch nicht fest.

** **Liblar,** 4. März. **Durch herabstürzende Lehmmassen** wurde der Arbeiter Peter Esser beim Lehmstechen verschüttet. Es gelang, ihn aus der gefährlichen Lage zu befreien. Infolge der schweren inneren Verletzungen trat jedoch der Tod alsbald ein.

** **Ahrweiler,** 4. März. **(Ertrunken.)** Der Arbeiter Georg Solcher aus Bayern stürzte auf dem Wege zur Arbeit in die hochgehende Ahr und ertrank.

** **Trier,** 3. März. **(Eisenbahnunfall.)** Gestern vormittag 10 Uhr stieß der Kölner D-Zug 156 vor Lissendorf auf zwei leere Bauwagen. Der D-Zug mußte nach Jünkerath zurücksetzen. Beide Geleise waren nach 78 Minuten wieder frei. Der Materialschaden ist unbedeutend. Personen wurden nicht verletzt. Der D-Zug fuhr mit 78 Minuten Verspätung weiter.

Handel und Industrie.

Die **Stadt Dortmund** begab 4 Millionen Mark 4%ige Stadtanleihe an ein Konsortium unter Führung der Diskontogesellschaft.

(Königsborn.) Im Geschäftsjahr 1909 wurde ein Bruttogewinn von 3,36 Mill. Mark erzielt (4,3 i. V.). Die Abschreibungen wurden auf 1 Mill. Mark (1,5) bemessen. Der Reingewinn beträgt 1,65 Mill. Mark (2,14), die Dividende 10 pCt. (13), der Vortrag 389 800 Mk. (302 500). Für Neuanlagen wurden 1,05 Mill. Mark aufgewendet. Die Verwaltung rechnet darauf, daß das neue Geschäftsjahr keine geringeren Ergebnisse als das abgelaufene bringen werde.

Der **Versand der Ruhrzechen** im Februar an Kohlen, Koks u. Briketts mit der Eisenbahn hat nach vorläufiger Aufstellung auf Grund der amtlichen Versandausweise 5 580 320 Tonnen betragen in 23½ Arbeitstagen gegen 5 933 160 To. im Januar bei allerdings 24½ Arbeitstagen und 5 253 190 To. im Februar 1909 bei wieder 23½ Arbeitstagen.

Aus aller Welt.

— **Die amerikanische Ausstellung** in Berlin angeschoben. Der amerikanische Ausschuß beschloß, die geplante Berliner Ausstellung auf ein Jahr zu verschieben. Zahlreiche Förderer sind auf Delbrücks Aeußerungen hin zurückgetreten.

Das deutsche Exekutivkomitee für die amerikanische Ausstellung trat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, in der beschlossen wurde, auf dem bisherigen Standpunkt stehen zu bleiben und eine Zustimmung zu der Verschiebung der Ausstellung unbedingt abzulehnen. Entweder solle die Ausstellung in diesem Jahre als amerikanische Ausstellung in Berlin stattfinden, oder der Gedanke wird ganz und gar fallen gelassen werden. In diesem Sinne soll dem amerikanischen Komitee Mitteilung gemacht werden.

— **Wiederaufnahme des Verfahrens wider den Fürsten Eulenburg?** Die „Ostsee-Ztg." meldet, daß die Staatsanwaltschaft beim Landgericht erneute ärztliche Untersuchung des Fürsten Eulenburg behufs Entscheidung über die Wiederaufnahme des Strafverfahrens beantragt habe. — Wir stehen dieser Meldung etwas skeptisch gegenüber.

— **König Friedrich August** von Sachsen als Beklagter. Gegen König Friedrich August von Sachsen und den Herzog von Cumberland hatten die Erben der Gräfin Civry vor dem Landgericht Braunschweig eine Klage auf Herausgabe einer Millionenerbschaft angestrengt. Diese Klage wurde abgewiesen und die Abweisung vom Oberlandesgericht in Braunschweig bestätigt. In letzter Instanz wird sich mit dem Prozeß das Reichsgericht beschäftigen. Der Verhandlungstermin ist auf den 11. Oktober d. J. angesetzt worden.

— **Deutsche Schülerchöre** auf der Brüsseler Weltausstellung. In der Abteilung für Volksschulwesen, in der auch die Berliner Gemeindeschulen zur Darstellung gelangen, wird auch die Bedeutung des Gesangsunterrichts durch Vorführung von Schülerchören veranschaulicht werden. Zu diesem Zweck hat die Schulverwaltung chenchöre aus Berliner Gemeindeschulen durch Grammophone aufnehmen lassen, die später in Brüssel in der Schulabteilung vorgeführt werden sollen. Bei solchen Aufnahmen ist es von großer Wichtigkeit, die einzelnen Personen in richtige Entfernung zum Trichter zu bringen, da die einzelnen Schallwellen naturgemäß verschiedenartig stark sind und deswegen auch verschiedenartig reproduziert werden müssen. Dieser Ausgleich wird durch den Abstand vom Trichter erzielt. Bei einer Prüfung durch musikalische Sachverständige sind 18 deutsche Volkslieder zu einer Vorführung auf der Brüsseler Ausstellung für gut befunden worden.

— **Ein deutsches Kriegerdenkmal** bei Champigny. Der Württembergische Kriegerbund in Stuttgart wird den im Jahre 1870 in den Kämpfen um Villiers und Champigny gefallenen Württembergern bei Champigny einen Obelisk errichten mit der Inschrift: Württemberg seinen tapferen Söhnen.

— **Wegen großer Unterschlagungen** wird sich nächstens der Oberlandesgerichtsrat Greiner aus Kronach, der sich bereits in Untersuchungshaft befindet, zu verantworten haben. Die amtlichen Feststellungen haben ergeben, daß Greiner seit etwa 30 Jahren Unterschlagungen in Höhe von 137 000 Mk. verübt hat. Davon sind durch Verwandte Greiners 62 000 Mk. gedeckt worden. Greiner ist in vollem Umfange geständig und bestreitet auf das entschiedenste, das Opfer eines Erpressers gewesen zu sein. Er habe lediglich mit seinem Gehalt nicht auskommen können.

— **Hinrichtung.** In Bromberg wurde Donnerstag früh der Wirt Joseph Nyka aus Komsdorf, der wegen Ermordung seiner Schwiegermutter zum Tode verurteilt worden war, hingerichtet.

— **Die Gnesener Strafkammer** hat die drei Gymnasiasten, die die Aufgaben für die Abiturientenprüfung dem Direktor durch Einbruch entwendet hatten, wegen Hausfriedensbruchs und Entwendung von Formularen und Prüfungsthemen zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

— **Zum Görlitzer Mädchenmord.** Unter dem Verdacht des Mädchenmordes ist der hiesige Gerichtsdiener Scholz verhaftet worden. Die Ermordete ist die 28jährige unverehelichte Näherin Alma Sprenger. Sie unterhielt mit Scholz seit mehreren Wochen ein Verhältnis und es wurde behauptet, daß Scholz sie für Montag abend zu einem Rendezvous bestellt habe. Der Verhaftete gibt an, daß er das Verhältnis seit einiger Zeit gelöst habe und leugnete jede Schuld. Nach einer vom „Hirsch"-Büro in Görlitz direkt eingezogenen Erkundigung hat Scholz bei dem Mittwoch vormittag erfolgten Verhör die Tat eingestanden.

— **Ueberfall auf einen Bankboten.** In dem Hause Roßmarkt 9 in Chemnitz, in dem sich eine Zweigstelle der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt befindet, wurde im Flur der Kassenbote dieses Geschäfts, der einen Geldbeutel trug, von einem jungen Manne überfallen. Der Ueberfallene schrie laut auf, sodaß sofort Angestellte des Geschäfts herbeieilten und der Täter flüchten mußte. Er wurde auf dem Roßmarkte festgenommen und der Schutzmannschaft übergeben. Es ist der 22jährige Kaufmann Burkhardt aus Chemnitz. Der Ueberfallene, der 70jährige Dörsel, hat nur eine leichte Stirnwunde davongetragen.

— **Zum Tode verurteilt.** Das Schwurgericht in Flensburg verurteilte den 20 Jahre alten Julius Sörensen, der in der Nacht zum 24. Oktober in dem Dorfe Julschau bei Flensburg die Frau des Eigentümers Lorenzen ermordete und den Eigentümer selbst und seinen Sohn zu töten versucht hatte, zum Tode und 15 Jahren Zuchthaus. Die Motive zur Tat war Rachsucht.

*

Eine Dampfer-Kollision.

Auf der Reede von Kopenhagen ereignete sich beim Eingange zum Hafen zwischen dem ausfahrenden schwedischen Dampfer „Malmö", der mit Passagieren und Ladung nach Lübeck abging, und dem einlaufenden deutschen Dampfer „Merkur" aus Bremen ein heftiger Zusammenstoß. Beide Schiffe liefen mit voller Kraft. Der „Merkur" rannte in den schwedischen Dampfer hinein, zertrümmerte dessen Steuerbordseite und brachte ihm ein großes Leck unter der Wasserlinie bei. Das Wasser drang in das Schiff ein und füllte bald Kajüten und Maschinenraum. Es entstand eine große Panik unter den Passagieren, die sich der Rettungsboote bemächtigen wollten. Durch Belasten der Backbordseite konnte der Dampfer jedoch auf Steuerbord soweit gehoben werden, daß das Leck über Wasserlinie zu liegen kam. Der Dampfer kehrte dann in den Hafen zurück. Auch der deutsche Dampfer „Merkur" erlitt erhebliche Beschädigungen am Vordersteven. Beide Dampfer müssen in Dock gehen und repariert werden, bevor sie die Weiterreise antreten können.

*

— **Verhaftung von Deutschen in Belgien.** Die Polizei verhaftete drei Deutsche namens Spolberg, Bruns und Helmar, alle drei aus Oberhausen in Bayern gebürtig, die in Begleitung eines 18jährigen Mädchens waren, dem sie eine Stelle in Brüssel versprochen hatten. Die drei Individuen mieteten ein Zimmer, mißhandelten und vergewaltigten das Mädchen und zwangen es schließlich, sich der Prostitution zu ergeben. Als die Bedauernswerte mit einem Deutschen bekannt wurde, erzählte sie diesem ihre Leidensgeschichte, worauf dieser den deutschen Konsul informierte. Auf seine Intervention hin drang die Polizei am Dienstag in die Wohnung der drei Uebeltäter ein und verhaftete sie unter der Anklage der Entführung, zur Verleitung zu unsittlichem Lebenswandel und des Betruges. Das junge Mädchen wird durch Vermittelung des Konsuls in seine Heimat zurückbefördert werden.

— **Der „ungetrübte Leumund."** Man schreibt der „Voss. Ztg. aus der Schweiz: Der Bürgermeister einer Züricher Gemeinde hat letzthin einem Ortsbürger, der in eine Strafuntersuchung verwickelt war, folgendes Leumundszeugnis ausgestellt: „N. N. ist Bürger unserer Gemeinde W. Er genießt hierorts einen unbescholtenen Ruf und guten Leumund und ist wie folgt vorbestraft (folgen sieben Vorstrafen wegen Betrugs und Diebstahls von acht Tagen Gefängnis bis vierzehn Monaten Zuchthaus)." — Was muß jemand in W. begehen, wenn sein Leumund „getrübt" werden soll?

— **Felsenmassenrutsch.** In der Nähe von Bondione haben sich bedeutende Felsenmassen des Bonderaberges losgelöst und sind unter donnerähnlichem Getöse ins Tal gestürzt. Die Einwohner flüchteten in großer Panik und wagen es nicht mehr, in ihre Wohnungen zurückzukehren, da sich noch immer neue Felsenmassen loslösen. Als Genietruppen an Ort und Stelle eintrafen, bedeckten die niedergegangenen Fels- und Erdmassen eine Fläche von 500 Quadratmeter. Man glaubt, daß der ganze Berg nach und nach abfallen wird.

— **Die Pariser Giftmordaffäre,** der vor längerer Zeit der Tenor Godard zum Opfer fiel, wird durch nachstehende Meldung wieder in Erinnerung gebracht: Die Witwe des vor einem halben Jahre vergifteten Tenors Godard, die jetzt in Mons in Belgien wohnt, hat Klage erhoben sowohl gegen die Giftmischerin als auch gegen das Ehepaar Doudieux, bei dem sich die Godards seiner Zeit zu Besuch befanden und in deren Hause und durch deren Schuld Godard den Tod fand. Die zweite Klage lautet auf fahrlässige Tötung.

— **Aus einem russischen Irrenhause.** Haarsträubende Zustände wurden in der großen städtischen Irrenanstalt „Nikolaus der Wundertäter" in Petersburg aufgedeckt. Es wurde konstatiert, daß 100 Geisteskranke direkt auf den Dielen kampieren, ohne Matrazen. Je zwei Insassen haben eine Schlafdecke, wodurch oft Schlägereien entstehen.

— **Die Opfer** der Lawinen-Katastrophe im Kaskadengebirge. Bei dem Lawinen-Bahnunglück auf der Greath-Northern-Bahn im Kaskadengebirge sind, wie jetzt feststeht, neunzig Personen umgekommen.

— **In einen Kessel mit siedendem Wasser gefallen.** In Charleroi stürzte ein Bauer versehentlich in einen mit siedendem Wasser angefüllten Kessel und konnte erst nach mehreren Minuten aus seiner kritischen Lage befreit werden. Der Bedauernswerte war am ganzen Leibe verbrüht, und das Fleisch hing fetzenweise am Körper. Nach zwei Stunden erlag er unter furchtbaren Qualen seinen Verletzungen.

— **Eisenbahnzusammenstoß.** Bei einem Zusammenstoß zweier Züge im Hudson-Tunnel der Untergrundbahn wurden 15 Personen schwer verletzt. An dem einen Zuge versagte die Bremse, sodaß er an der Endstation auf einen haltenden Zug auffuhr. Ein schweres Unglück wurde durch eine erst kürzlich angebrachte Vorrichtung vermieden, die das Zusammenschieben der Wagen verhütet.

*

Ein Eisenbahnzug von einer Lawine verschüttet.

Auf der Great-Northern-Bahn im Kaskadengebirge, unweit des Kaskadentunnels im Staate Washington, wurde ein Zug mit 70 Passagieren von einer Lawine begraben. Alle Versuche, die Unglücksstätte zu erreichen, blieben erfolglos.

Nach einem späteren Telegramm sind aus dem im Kaskadengebirge durch eine Schneelawine verschütteten Eisenbahnzuge bis jetzt 20 Personen gerettet und 25 Leichen geborgen worden; 25 Personen fehlen noch. Die Geretteten haben mehr oder minder schwere Verletzungen davongetragen.

Neueste Nachrichten

W = Wolff's Bureau, H = Hirsch's Bureau, T = Privattelegramm.

Reichstag.

Auf der Tagesordnung vom Freitag steht zunächst ein schleuniger Antrag Geck, unter Aufhebung des Beschlusses vom 18. Januar die Genehmigung zur Fortführung einer gegen ihn schwebenden Privatklage zu erteilen. Der Antrag geht an die Geschäftskommission. Dann wird die Beratung des Etats des Reichsamtes des Innern, Kapitel „Reichsgesundheitsamt" fortgesetzt.

Abg. Neuner (natl.), plädiert für eine einheitliche Regelung des Apothekenwesens von Reichs wegen, verbreitet sich über die Notwendigkeit eines noch zu verstärkenden Schutzes des wertvollen deutschen Viehbestandes gegen Verseuchungsgefahren und fragt, ob nicht endlich eine Gesetzesvorlage zur Regelung des Abdeckereiwesens zu erwarten sei? — Staatssekretär Delbrück: Ein Entwurf zur Regelung des Apothekenwesens ist ja bereits veröffentlicht worden und es ist dazu reiches gutachtliches Material eingegangen. Es haben sich da aber einzelne Schwierigkeiten herausgestellt, die wir zu lösen nicht in der Lage sind. Was das Abdeckereiwesen anlangt, so hat schon mein Amtsvorgänger hier Grundsätze dargelegt, wie er die Sache zu regeln beabsichtige. Aber es haben sich inzwischen Schwierigkeiten ergeben, durch die Frage, wie die Ablösung bestehender Rechte zu regeln ist. Was den Schutz des deutschen Viehstandes anlangt, so werden die Schutzvorschriften an der Grenze durchaus mit aller nötigen Energie und Entschlossenheit gehandhabt. — Abg. Brühne (Soz.) wünscht beschleunigtes gesetzgeberisches Vorgehen gegen Verunreinigung von Flüßen durch Abwässer und klagt über noch immer fortdauernde Ausbeutung von Kindern in Fabriken. — Präsident Bumm vom Gesundheitsamt: Der Vorredner hat sich über Verunreinigung des Mains durch Schmutzabwässer von Fabriken beklagt. Die Tatsache ist richtig. Aber die Behörden haben sich auch schon darum gekümmert und sich auf eine sachgemäße Kontrolle geeinigt. Herr Kobelt hat sich gestern beschwert über zu strenge Kontrolle der Nahrungsmittel, der Konserven, auf die Art der dabei verwandten Konservierungsmittel. Daß die Kontrolle den Nahrungsmittelhändlern unbequem ist, glaube ich ja. Aber es kommt doch auch auf die Interessen der Konsumenten an. — Abg. Leonhard (Freis. Vpt.) stimmt zunächst einem Antrag von Treuenfels zu, der sich gegen den Mißbrauch narkotischer Mittel wendet, und befürwortet eine von ihm selbst eingebrachte Resolution, den Reichskanzler zu ersuchen, in den nächsten Etat Mittel einzustellen zur Erforschung und Bekämpfung des Alkoholismus. — Staatssekretär Delbrück: Den Kampf gegen den Alkoholismus zu führen, ist in erster Linie Sache der Eltern, der Erzieher, der Meister, der Vorgesetzten. Es handelt sich da in der Hauptsache um Aufklärungsarbeit. Aber auch an dieser Aufklärungsarbeit hat sich das Reich beteiligt. — Abg. Brejaki (Pole) wünscht energische Maßnahmen gegen die Wurmkrankheit, die sich neuerdings auch auf die Ziegelei-Arbeiter ausdehne. — Nach weiterer unwesentlicher Debatte werden die Resolutionen angenommen.

Beim „Patentamt" bringt Abg. Sommer (freis. Vpt.) Beamtenwünsche vor. — Abg. Dr. Junck (nl.) fragt nach dem Stande der Reform des Patentgesetzes. Sie ist dringend, erstens wegen der wünschenswerten Verbilligung der Patentgebühren, zweitens wegen des Erfinderrechts bei Angestellten, und drittens wegen des Ausführungszwanges. Deutschland hat den

führungszwang, die Vereinigten Staaten nicht. — Staatssekretär Delbrück: Die Beschwerden richten sich einmal gegen die Verzögerungen des Verfahrens und dann gegen die Kosten. Aber das Verfahren ist doch an sich gut und findet den Beifall unserer Industrien, es hat also doch seine Bedenken, es wegen der Verzögerungen, die es mit sich bringt, zu ändern. An die Gebührenfrage heranzutreten, darum werden wir allerdings nicht herumkommen. Was den Ausführungszwang betrifft, so bereite ich einen Gesetzentwurf vor, in der Richtung, daß der Ausführungszwang für Inländer im Inlande wegfällt, aber bestehen bleibt für Inländer, die das Patent nur im Auslande ausführen.

Auch die Kapitel Reichsversicherungsamt und Kanalamt gaben zu ausgedehnten Erörterungen Veranlassung. Um ¾9 Uhr erfolgte schließlich Vertagung.

Das Abgeordnetenhaus

trat am Freitag in die Spezialberatung des Etats der Bergverwaltung ein. Der freikonservative Hannoveraner Abg. v. Woyna und der konservative Abg. v. Arnim-Züsedom sprachen beim Kapitel „Salzwerke" ihre Sympathie zu den wesentlichsten Grundzügen des dem Reichstag vorliegenden Gesetzentwurfs aus, der den Kalivertrieb regeln will. Der Handelsminister Sydow begrüßte diese Sympathieerklärung mit Genugtuung und sagte zu, alles zu tun, was in seinen Kräften stände, um das Zustandekommen des Gesetzentwurfes zu fördern, er sprach sich aber ebenso bestimmt gegen die reichsgesetzliche Regelung des Bergrechts aus. Der nationalliberale Abg. Macco meinte, daß man bei der Ausnutzung der deutschen Kalischätze nicht allzu engherzig sich zeigen solle. Im weiteren Verlaufe der Einzelberatung brachte dann der Zentrumsabg. Sauermann Wünsche für die Bergleute besonders des Saarreviers vor, um diesen die volle Sonntagsruhe mehr zu gewährleisten. Ihm erwiderte der Oberberghauptmann v. Velsen, daß die Regierung sich diese Wünsche recht angelegen sein lasse, es sei aber schwer, einen Ausgleich zwischen den widerstreitenden Interessen der Berarbeiter zu finden, die den Gruben benachbart wohnen und denen, die entfernt davon wohnen. Die weitere Debatte verlor sich in der Erörterung einer Reihe zahlreicher Wünsche im sozialen Interesse der Bergarbeiter, für ihre Löhne, für die Regelung der Knappschaftskassenangelegenheiten und Verwandtes. Zuletzt brachte der nationalliberale Abg. Macco noch die recht unzulänglichen Raumverhältnisse an der Bergakademie und geologischen Landesanstalt in Berlin zur Sprache. Herr Sydow erwiderte, daß ihn die Angelegenheit sehr interessiere, daß aber das Handelsministerium nicht allein darin entscheidend sei. Endlich wurde der Bergetat verabschiedet.

Die ehemalige Frau v. Schönebeck verhaftet.

Auf Ersuchen der Allensteiner Staatsanwaltschaft ist die Witwe des von dem Hauptmann von Goeben ermordeten Majors v. Schoenebeck, jetzt verehelichte Weber, Freitag mittag verhaftet worden.

Neue Spuren in der Hofrichter-Affäre.

Die Agramer Kriminalpolizei hat die Hochstaplerin Mimi Kewis, die richtig Marianowitsch heißt, verhaftet. Sie steht unter dem dringenden Verdacht, in serbischen Diensten als Spionin tätig gewesen zu sein. Sie soll außerdem in dem Verdacht stehen, die Sendung der Giftpillen an österreichische Generalstabsoffiziere veranlaßt zu haben; sie habe sich erwiesenermaßen um die kritische Zeit in Wien und Linz aufgehalten, und in allen Städten, wo sie auftrat, sich in den Kreisen der Generalstabsoffiziere bewegt. Auch ist bekannt, daß sie von tödlichem Haß gegen das österreichische Militär erfüllt ist. Man erwartet angeblich, von ihr noch heute ein Geständnis zu erlangen.

Parlamentarischer Abend beim Reichskanzler.

H **Berlin**, 4. März. Beim Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg fand gestern ein parlamentarischer Abend statt, zu dem ungefähr 1300 Einladungen erfolgt waren. Etwa 900 Gäste waren erschienen. Sehr zahlreich waren unsere Parlamente vertreten. Ferner sah man Mitglieder des diplomatischen Korps, viele Minister und Staatssekretäre, Mitglieder des Bundesrats, mehrere Vertreter der Hofgesellschaft, der Kunst, des Handels und der Industrie und der Presse. Die Erschienenen wurden vom Reichskanzler und seiner Gattin aufs Liebenswürdigste empfangen. Der Abend nahm einen gemütlichen Verlauf.

Die Wertzuwachssteuer in Berlin angenommen.

H **Berlin**, 4. März. In der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordneten wurde die Wertzuwachssteuer nach den Anträgen des Ausschusses fast einstimmig angenommen.

Bremische Lehrer als Sozialdemokraten.

H **Bremen**, 4. März. Eine Gruppe von dreißig bremischen Volksschullehrern hat an dem Tage, an dem in dem Disziplinarverfahren gegen den Lehrer Holzmeier auf Dienstentlassung erkannt worden war, als Protest dagegen ein Glückwunschtelegramm an den Abg. Bebel zu dessen Geburtstag abgesandt. Das Telegramm war unterzeichnet: Die sozialdemokratischen Lehrer Bremens. Die bremische Schulbehörde stellt jetzt Nachforschungen nach den Absendern des Telegramms an, um gegen diese das Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung einzuleiten.

Rougiers Flug über das Mittelmeer.

H **Paris**, 4. März. Der Aviatiker Rougier nahm gestern seine Aufstiege zu Montecarlo auf. Es gelang ihm, von Montecarlo über das Meer nach dem Cap Martin, 5 km von Montecarlo entfernt, zu fliegen. Um 5 Uhr nachmittag erhob sich Rougier vom Hafen aus. Er setzte über den 10 m hohen Hafendamm und segelte höher immer höher steigend, unter den begeisterten Zurufen der riesigen Menschenmenge auf das Meer hinaus. Nach einem Fluge von kaum 5 Minuten landete der Aviatiker über dem Kap Martin, übersetzte dann zurückkehrend, den Taubenschießstand, führte eine neue Wendung aus und zog in 100 Meter über den Hafen, worauf er auf dem Quai eine glatte Landung vollzog.

Ein zweiter Riesenstreik in Aussicht.

H **London**, 4. März. Aus Newyork wird telegraphiert, 90% der Bahnbediensteten der Baltimore and Ohio-Bahn haben gegen die Annahme der Lohnvorschläge der Gesellschaft gestimmt. Man befürchtet einen Riesenstreik.

Zusammenstoss zwischen Auto und Express.

H **London**, 4. März. Eine Meile von St. Wisbech entfernt ist gestern abend ein Automobil mit einem Expreßzug zusammengestoßen. Einer von den beiden Insassen des Automobils war sofort tot, der andere hat so schwere Verletzungen davongetragen, daß er kaum am Leben erhalten bleiben wird. Das Automobil war vollständig zertrümmert, die beiden Insassen lagen unter demselben.

Neue Gewalttaten der Streikenden in Philadelphia.

H **New-York**, 4. März. 5000 Streikende zündeten unter Gesang die Kraftstation der Straßenbahn in Philadelphia an und umstanden dann singend das brennende Gebäude, bis die Polizei die Menge mit Revolverschüssen auseinandertrieb. Der Generalstreik beginnt am Sonnabend. Die Anklagejury hat den Präsidenten der Zentralvereinigung der Arbeiterorganisationen und den Arbeiterführer Pratt wegen Aufwiegelung der Menge zum Aufruhr in den Anklagezustand versetzt.

Spielplan des Dortmunder Stadttheaters.

Sonntag, den 6. März bis Sonntag, den 13. März.

Sonntag, den 6. März. Nachmittags-Vorstellung zu ermäßigten Preisen. Anfang 3 Uhr. Zum 6. Male. Mit vollständig neuer militärischer Ausstattung. Ein Herbstmanöver. Operette in 3 Aufzügen von Emmerich Kalman. — Abends 7½ Uhr. Opernpreise. Die lustigen Weiber von Windsor. Romantisch-phantastische Oper mit Ballett in 3 Aufzügen von Otto Nicolai.

Montag, den 7. März. Anfang 7½ Uhr. Volksvorstellung bei aufgehobenem Abonnement. Jahreskarten giltig. Volkstümliche Preise. Judith. Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Hebbel.

Dienstag, den 8. März. Anfang 7½ Uhr. Opernpreise. Serie B, Nr. 40, braune Karten. Ein Sommernachtstraum. Lustspiel in 3 Aufzügen von W. Shakespeare. Musik von Felix Mendelssohn-Bartholdy.

Mittwoch, den 9. März. Anfang 7½ Uhr. Schauspielpreise. Serie C, Nr. 40, rote Karten. Zum 3. Male. Tantris der Narr. Drama in 5 Aufzügen von Ernst Hardt.

Donnerstag, den 10. März. Anfang 7½ Uhr. Opernpreise. Serie A, Nr. 42, grüne Karten Zum 4. Male. Im Paradiese Mahomets. Operette in 3 Aufzügen von Robert Planquette (Komponist der „Glocken von Corneville").

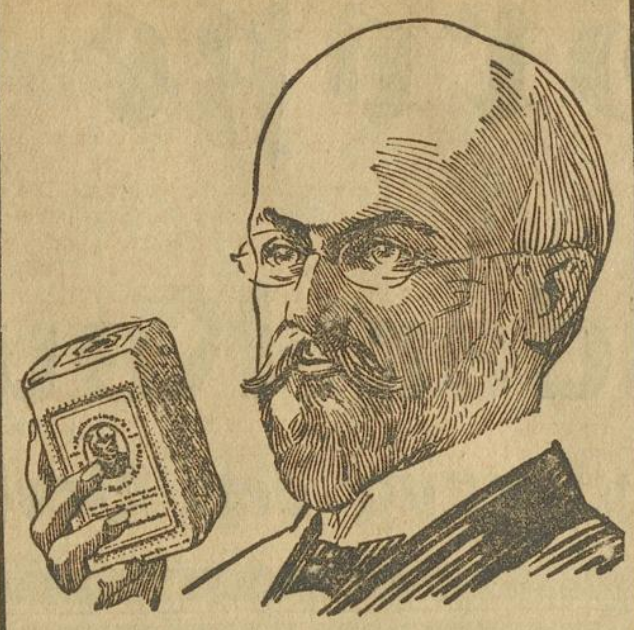
Freitag, den 11. März. Anfang 7½ Uhr. Schauspielpreise. Serie B, Nr. 41, braune Karten. Zapfenstreich. Drama in 4 Aufzügen von Franz Adam Beyerlein.

Sonnabend, den 12. März. Anfang 7½ Uhr. Opernpreise. Serie C, Nr. 41, rote Karten Die lustigen Weiber von Windsor. Romantisch-phantastische Oper mit Ballett in 3 Aufzügen von Otto Nicolai.

Sonntag, den 13. März. Nachmittags-Vorstellung zu volkstümlichen Preisen. Anfang 3 Uhr. Zum 5. Male. Odiese Leutnants. Lustspiel in 3 Aufzügen von Curt Kraatz. Abends 7½ Uhr. Opernpreise. Neu einstudiert. Der Freischütz. Romantische Oper in 3 Aufzügen von Carl Maria von Weber.

Volkswirtschaftliches. Sie sind im Irrtum, wenn Sie glauben, daß ausländische Zigaretten besser als die in Deutschland hergestellten sind. Feine Zigaretten werden im Ausland wie im Inland von türkischen Tabaken hergestellt. Die vom Ausland eingeführten Zigaretten unterliegen einem hohen Zoll, der bei den im Inland hergestellten Zigaretten erspart wird. Es liegt somit auf der Hand, daß die im Inland mit größter Sorgfalt und langjähriger Fachkenntnis hergestellten Zigaretten preiswerter sein müssen, als die ausländischen. Ueberzeugen Sie sich und probieren Sie Salem Aleikum-Zigaretten. Echt mit Firma: Orientalische Tabak- und Zigaretten-Fabrik Yenidze (Inh. Hugo Zietz), Dresden.

Verantwortlicher Redakteur Fr. Meyer, Kamen



Vom Arzt

seit 20 Jahren empfohlen, wird Kathreiners Malzkaffee. Für Kinder, Herzleidende, Nervöse, für alle, die früh und nachmittags etwas Gesundes trinken wollen, hat Kathreiners Malzkaffee sich als bestes Getränk bewährt. Dabei ist er unerreicht an aromatischem Wohlgeschmack und Preiswürdigkeit. Ein viertel Paket = 20 Tassen kostet nur 10 Pfg.

Verlangen Sie ausdrücklich Kathreiners Malzkaffee! Es gibt Nachahmungen!

1446

Verding.

Für den Erweiterungsbau des Feuerwehrgerätehauses an der Hammerstraße sollen

a) die Dachdeckerarbeiten,
b) die Klempner- und Installationsarbeiten,
c) die Schreinerarbeiten,
d) die Glaser- u. Anstreicherarbeiten

vergeben werden.

Die Verdingungsunterlagen können während der Dienststunden auf dem Stadtbauamte eingesehen und daselbst gegen Erstattung der Druckkosten bezogen werden.

Verschlossene, entsprechend gekennzeichnete Angebote sind bis zum **Sonnabend den 12. März 1910, vormittags 11 Uhr,** an das Stadtbauamt einzureichen, woselbst die Eröffnung derselben stattfinden wird

Kamen, den 4. März 1910.

Stadtbauamt.

330



Berliner Tageblatt

mit seinen wertvollen 6 Wochenschriften:

Jeden Montag:	Eine wissenschaftl.-feuilletonistische Zeitschrift (Der Zeitgeist)
Jeden Mittwoch:	Eine illust. polytechnische Fachzeitschrift (Techn. Rundschau)
Jeden Donnerstag:	Eine mod. illustr. Halbwochen-Chronik (Der WELTSPIEGEL)
Jeden Freitag:	Ein farbig illustriertes satirisch-politisches Witzblatt (ULK)
Jeden Sonnabend:	Eine ill. Wochenschr. f. Garten- u. Hauswirtsch. (Haus, Hof, Garten)
Jeden Sonntag:	Eine mod. illustr. Halbwochen-Chronik (Der WELTSPIEGEL)

kostet nur

2 Mark monatlich

bei allen Postanstalten Deutschlands 2067

180000 Abonnenten.



Haus, Wesstr. 67, auf Abbruch zu verkaufen.

Angebote zu richten an
C. Hedtfeld,
331 Nordstr. 34.

Eine

Wohnung

mit Stallung und Garten zum 1. April zu vermieten.
Methler,
304 Friedr. Lehmhaus.

Solider Arbeiter
erhält Feuerversich.-Agentur Off. nach **Dortmund** sub **G. 14** postlagernd. 315

Große, gut eingeführte deusche Feuerversicherungs-Gesellschaft mit Nebenbranchen sucht geeigneten Herrn als
Vertreter
unt. sehr günstigen Bedingungen. Off. unter **Nr. 4195** bef. die Annoncen-Expediton **F. Wittbold, Osnabrück.** 325

Auf sofort ein **tüchtiges**
Dienstmädchen
gesucht. 321
Näheres in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Feinsten Sahnen-
Schichtkäse
empfiehlt 332
Kaufhaus für Lebensmittel
Johanna Glaesser
Weststraße 21 Fernruf 114.

Echte Kieler Sprotten
Kistchen **50** Pfg.
Ia. fette
Rohess-Bückinge
empfiehlt 333
Kaufhaus für Lebensmittel
Johanna Glaesser
Weststraße 21 Fernruf 114.

Valencia Apfelsinen
hochrote süße Frucht
— Dutzend **50** Pfg. —
Ia. Blut-Apfelsinen
Dutzend 80, 90, 100, 1,10
empfiehlt 334
Kaufhaus für Lebensmittel
Johanna Glaesser,
Weststraße 21 Fernruf 114.

Mehrere 1000 Rollen
Tapeten-Reste
zum Aussuchen die Rolle 20 ₰
Drogerie H. P. Thiel, 337
Kamen, Oststr. 21 Fernruf 180.

Bestellungen 336
zur Lieferung von
Saatkartoffeln
werden baldigst erbeten
C. Römer
KAMEN, Weststr. 23.

Marktpreise.

Neuß, den 4. März. 1909.
Produktenbörse.

Weizen	100	Kilo	22,00	21,00
Roggen	„	„	16,20	15,20
Hafer	„	„	15,50	14,50
Gerste	„	„	14,50	—,—
Kartoffeln	50	„	3,00	2,70
Heu	„	„	5,00	4,50
Luzerne-Heu	„	„	5,50	—,—
Maschinenstroh	500	„	22,00	—,—
Flegeldrusch	„	„	24,00	—,—
Kleien	50	Kilo	6,20	—,—

Große Auktion

bei

Gebrüder Kaufmann, Kamen.

Täglich: Fortsetzung der Versteigerung von 9–12 und 2–6 Uhr.

Mobiliar verkauf
Kamen.

Donnerstag, den 10. d. Mts., morgens 9¼ Uhr beginnend, wird die Frau Wwe. Schuhwarenhändler Emil von der Heide hier an ihrer Wohnung **Rottstraße Nr. 12 hierselbst,** folgende ihr überflüssig gewordenen Gegenstände, als:

1 Küchen-, 1 Kleider-, 1 Glasschrank, 2 Koffer, 4 Tische, 6 Stühle, 1 Bettstelle mit Bohlen, 1 Backtrog, 1 Waschmaschine, verschiedene Bilder und mehrere andere Sachen

durch Unterzeichnete öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkaufen.

Kamen

Reinhard, Gerdts,

327 Aukt.

C. Holtmann, Kamen
Bahnhofstr. 58.

Zur Konfirmation
empfehle
Gesangbücher
in **grosser Auswahl** zu **billigsten Preisen.**
Konfirmations-Geschenke.

Zur Kommunion
Sursum Corda von **1.50** Mk. an
— Namenaufdruck gratis. —

PIANOS

u. Flügel in altbewährter Güte, IBACH-PIANOLA-PIANOS d. h. IBACH Pianinos mit eingebautem Klavierspielapparat, Pianolas mit Themodist und Metrostyle, sowie Harmoniums, empfiehlt in reicher Auswahl zu bequemen Bedingungen

Rud. IBACH Sohn

Kais. u. Königl. Hof-Flügel- und Pianino-Fabrik, gegr. 1794

Barmen
Neuerweg 40

Bei Kauf, Miete, Umtausch, Reparatur oder Stimmung wende man sich an die mehr als hundertjährige Erfahrung des durch vier Generationen bestehenden Hauses

IBACH

130



Unserm
1. Vorsitzenden
AugustRogge
zu seinem am
5. März stattfindenden
Geburtstage
ein
999 maliges Jung Heil!
Gewidmet vom
Junggesellen-Klub „Fidele Brüder"
Oberaden. !326



Auguft, gift Diu dat Fäken nit,
Krigft Diu auck de Emma nit.

Wegen Neubau

befindet sich mein **Pelzwaren-, Hut-, Mützen-** und **Schirm-Geschäft**

Bahnhofstraße 55.

Stets das Neueste in
Seidenhüten, Filzhüten, Mützen.

Gleichzeitig empfehle: **Spazierstöcke, Tornister** (echt Leder), **Hosenträger, Turner-Gürtel, Portemonnaies, Kämme, Kleider-** und **Kopfbürsten, Taschenspiegel, Taschenmesser, Leinen-** und **Papierwäsche, Schlipse, Glacee-** und **Winter-Handschuhe.**

Anfertigung von Vereinsmützen jeder Art. Reparaturen an Schirmen und Stöcken billig.

L. Kosanetzky,
KAMEN, Bahnhofstrasse 55.
!187

Gesangbücher, Bibeln, Konfirmations-Karten und -Geschenke

empfiehlt in reichster Auswahl

C. H. Betzler,
Buchhandlung. i261

Herde, Oefen und schöne Einrichtungen

für Küche finden

Verlobte

bei

C. Müller, Kamen, Weststr. 4.

305 Anlieferung gratis.

Haben Sie Bedarf

in Briefbogen, Rechnungen, Postkarten, Briefumschlägen, sowie Drucksachen irgend welcher Art ::

so wenden Sie sich an die **Buchdruckerei** 185

Friedr. Matthiä, **KAMEN** Weststr. 10.

Sie finden dort eine **reichhaltige** u. **moderne** Musterauswahl sowie prompte und preiswerte Bedienung. :: ::

Visitenkarten, Verlobungsanzeigen, Hochzeitseinladungen, sowie Todesanzeigen u. Totenzettel werden sofort nach Bestellung angefertigt.

Den Empfang der

Frühjahrs-Neuheiten

in deutschen und englischen Buckskins u. Kammgarn-Stoffen.

beehrt sich ergebenst anzuzeigen i323

Kamen **August George.**

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 10. März, morgens 10 Uhr, läßt Herr **Schulze-Braucks** hier an seiner Wohnung:

2 Ackerpferde, 7 Schweine, 1 Hofhund (Leonberger), 2 Pflüge, 2 Dreischer, 2 Satz eiserne Eggen, 1 Wiesenegge, 2 Mähemaschinen, 1 fast neue Dreschmaschine, 2 Häckselmaschinen, 2 Ackerwagen, 1 Kutschwagen (gut erhalten), 2 Wannemühlen, 6 Pferdegeschirre (Blattfühlen), 5 Paar Betten, 5 Bettstellen, 1 Kleiderschrank, 2 gut erhaltene Kochherde, 1 Hausuhr, 1 Zeugmangel, 4 Oefen, 4 Tische, 2 Spiegel, 2 Waschmaschinen, Hacken und Gabeln, sowie viele hier nicht benannte Sachen

öffentlich meistbietend verkaufen.

Töddinghausen, den 25. Februar 1910.

301 **Blödom.**



Hüte!

Die allerletzten und schönsten Neuheiten

empfiehlt 269

in großer Auswahl

W. Liesegang,
METHLER.

Ferdinand Greve & Cie.

G. m. b. H.

Fernsprecher 25 **Lünen** Fernsprecher 25.

Infolge eines Abkommens mit erstklassigen Bankinstituten empfehlen wir uns zur

Besorgung von Hypothekenkapitalien,
Vermittlung von laufenden Bankkrediten
Wechseldiskontierungen,
An- und Verkauf von Wertpapieren u. Grundstücken,
Vermögens- u. Nachlassverwaltungen,

übernehmen das Amt eines Testamentsvollstreckers, Liquidators und besorgen alle in das Bankfach einschlagende Geschäfte, welche wir infolge unserer Beziehungen zu **ersten** Banken aufs vorteilhafteste auszuführen in der Lage sind.

Auch empfehlen wir uns zur Abhaltung von Verkäufen, Abgabe von Gutachten, Taxen für private sowohl als für Gerichts- und Schichtungszwecke, **Pacht-, Mietshebungen, Incassi, Lebens-, Unfall-, Haftpflicht-, Einbruchsdiebstahl-, Kinder-, Renten-, Spar-versicherungen.** 328

Wie süss

sieht ein rosiges, jugendfrisches Antlitz und ein reiner, zarter, schöner Teint. Alles dies erzeugt:

Steckenpferd-Lilienmilch-Seife
v. Bergmann & Co., Radebeul
Preis á St. 50 Pf., ferner macht der
Lilienmilch-Cream Dada
rote und spröde Haut in einer Nacht weiß u. sammetweich. Tube 50 Pf. bei
W. Felting, C. Müller jr., H. Thiel. 253

Am letzten Sonntag auf dem Wege Oberaden-Velmede eine

silberne Damenuhr

gefunden. Der Eigentümer kann dieselbe gegen Angabe der Kennzeichen und Erstattung der Kosten abholen bei

Friedr. Böschage,
324 **Oberaden.**

Kirchliche Nachrichten.

Größere ev. Gemeinde.
Sonntag Lätare, 6. März 1910.
Vorm. 8 Uhr: Frühgottesdienst. Pastor Philipps.
Vorm. 9¼ Uhr: Vorbereitung.
Vorm. 10 Uhr: Hauptgottesdienst Pastor Voigts.
Feier des hl. Abendmahls.
Nachm. 2 Uhr: Kindergottesdienst. Pastor Philipps.

Kapelle zu Lerche.
Morgens 10 Uhr: Gottesdienst Pastor Tummes.

Evangelisch-lutherische Kirche.
Sonntag Lätare, 6. März 1910.
Vorm. 10 Uhr: Hauptgottesdienst. Pastor Ewald.
2 Uhr: Kindergottesdienst.

Nordberg.
Sonntag den 6. März.
Morg. 10 Uhr: Hauptgottesdienst.
11²⁰ Uhr: Kindergottesdienst.
4³⁰ Uhr: Jahresfest des Jungfrauen-Vereins.
Freitag den 11. März.
7 Uhr: Passions-Gottesdienst. Pfr. Lohmeyer.

Vereine und Versammlungen.
(Gemeindehaus der größ. Gemeinde.)
Männer- u. Jünglingsver.
Sonntag 8 Uhr: Versammlung.
Dienstag 8 Uhr: Spielabend.
Donnerst. 9 Uhr: Bibelstunde.
Freitag 8 Uhr: Posaunenstunde.
Jungfrauen-Verein.
Sonntag 4 Uhr: Versammlung.
Blau-Kreuz-Verein.
Sonntag 5 Uhr: Bibelstunde.
Dienstag 8¼ Uhr: Bibelbesprechstde.
Freitag 8¼ Uhr: Gebetsstunde.
Evangel. Vereinshaus für Stadtmission. (Rottumerstr. 19.)
Sonntag 4 Uhr: Bibelstunde.
Montag 8 Uhr: Bibelbesprechstunde.
Freitag 8 Uhr: Gebetsstunde.
Versammlungen in Overberg.
Sonntag 2 Uhr: Kindergottesdienst in der neuen Schule.
Donnerstag 5 Uhr: Passionsandacht in der neuen Schule.
Büscherstiftung in Bergkamen.
Sonntag 1½ Uhr: Kindergottesdienst.

Druck u. Verlag von C. May in Hörde

(Zweites Blatt)

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Für's Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 28. Sonnabend, den 5. März 1910. 38. Jahrgang.

Westfälische Kreditanstalt Kamen

Reichsbank-Giro-Conto.

Bahnhofstr. 47. Fernsprecher 62.

Geld-Einlagen

auf Depositenkonto verzinsen wir je nach der Dauer der Kündigungsfrist.

Discontierung von Wechseln und Eröffnung von Krediten unter günstigen Bedingungen.

An- und Verkauf von Wertpapieren.

Stahlfächer

unter eigenem Verschluss des Mieters.

1814

Ohlendorff's Peru-Guano

„Füllhornmarke"

hat sich als Kopfdünger vorzüglich bewährt.

170



1191

Auch beim Nachfüllen



verlange man ausdrücklich echte MAGGI-Würze und achte darauf, dass aus der grossen Original-MAGGI-Flasche nachgefüllt wird, da in dieser gesetzlich nur echte MAGGI-Würze feilgehalten werden darf.

839



Ia. Solinger Stahlwaren!

Bestecke, Brot- und Schlachtmesser, Scheeren Taschenmesser, Rasiermesser, Rasierhobel, Haarschneidemaschinen

von 3.50 Mk. an empfiehlt

C. Müller,

Kamen. 1306

Fahnen Reinecke, Hannover.

Graf Pfeil vor dem Ober-Kriegsgericht.

In der fortgesetzten Beweisaufnahme werden noch eine Reihe ehemaliger Angestellter des gräflichen Hauses Pfeil vernommen, die ihre Aussagen in dem Zivilprozeß des gräflichen Paares durch eidesstattliche Versicherungen an den Detektiv Gräger in wesentlichen Punkten geändert haben. — Der Zeuge Breitfeld aus Wilmersdorf gibt an, daß in dem Ehescheidungsprozesse des Direktor Lapp in Aschersleben gegen seine Frau, Gräger versucht habe, eine dritte Person zur Unterschrift unter eine Quittung über 350 Mark zu bewegen, während die betreffende Person nur 250 Mark erhalten sollte. Den Rest von 100 Mark habe Gräger behalten wollen. — Gräger bestreitet mit Entschiedenheit die Richtigkeit dieser Behauptung. Der Zeuge habe an Direktor Lapp Erpressungen versucht. — Der Gerichtshof beschließt, über die Sache Justizrat Viebig (Breslau) als Zeugen zu laden. — Die Pensionatsinhaberin Frau Dr. Weihe (Berlin) bei der die Gräfin zwei Jahre gewohnt hat, bekundet, daß diese in der ersten Zeit eine ernste stille Frau gewesen sei, die aber immer mehr in Verbitterung und Nervosität geraten sei. Die Zeugin ist schließlich mit der Gräfin in Differenzen gekommen und zwar infolge eines Eclats in der Pension. Ein Herr v. M. hatte eine junge Dame beleidigt. Als die Gräfin das erfuhr, ging sie zu dem Herrn an den Tisch und sagte: Wenn ich ein Mann wäre, würde ich Ihnen jetzt eine Ohrfeige geben. Die Gräfin habe dann das junge Mädchen veranlaßt und zwar in einer nicht sehr zartfühlenden Weise, einen Prozeß gegen Herrn v. M. zu führen. Bezüglich des Grafen hatte die Zeugin den Eindruck, daß ihn die Gräfin vernichten wollte. Davon, daß die Gräfin Beziehungen zu einem Herrn unterhielt, die zu einer Heirat führen sollten, unter der Bedingung, daß sie ihre Kinder mitbringe, weiß die Zeugin nichts. — Zeuge Rechtsanwalt Dr. Behr (Berlin) hat verschiedene Prozesse des Grafen gegen den Geheimen Hofbaurat Heim in Berlin geführt. Geheimrat Heim leistete schließlich einen Eid, daß die Eheschließung seiner Tochter mit dem Grafen nicht gegen das Versprechen einer Rente erfolgt sei. Der Zeuge hat den Eindruck gewonnen, daß Geheimrat Heim diesen Eid objektiv unrichtig abgelegt habe. Nachher habe man von seiten der Familie Heim den Grafen zu beeinflussen gesucht, daß er die Kinder herausgebe und zwar in einer Weise, die eine unzulässige Einwirkung, eine Drohung mit Unbequemlichkeiten bedeute. — Graf Pfeil erklärt hierzu, seine damalige Frau habe ihm schon früher mitgeteilt, daß ihr Vater es mit dem Eide nicht genau nehme. Er habe ihr erklärt, man könne zehn Eide leisten, es dürfe nur niemand dabei sein. — Zeuge Pastor Krebs (Trebnitz in Schlesien) hat die gräfliche Familie auf dem Gute Giersdorf, ihrem Familiensitze öfter beobachtet. Der Vater habe sich mit den Kindern mehr beschäftigt als die Mutter, die diese meist den Domestiken überließ. Die Gräfin hat nach dem Zeugen wenig religiöses Empfinden. Sie ging mit dem Sonnenschirm in der einen und mit gerafftem Rock in der andern Hand, während der Vater den Sohn führte. Die Gräfin schien viel auf Toiletten zu halten, die immer sehr elegant waren. Anfang 1904 wurden ihm die gräflichen Kinder übergeben, die er aber nicht behielt, da er Maßregeln der Gegenpartei befürchtete. Die Gräfin erschien auch mit ihrem Anwalt, um die Kinder zu suchen. Dabei hat sie sich eines Hausfriedensbruches schuldig gemacht, wegen dessen sie auch bestraft wurde. Der Zeuge wird dann noch einige Zeit unter Ausschluß der Oeffentlichkeit vernommen, weil verschiedene Fragen gestellt werden sollen, durch die das Ehrgefühl des Grafen Pfeil verletzt werden könnte. Dann werden noch eine Reihe von Briefen des Zeugen an den Grafen Pfeil verlesen, in denen der Zeuge wieder auf die eleganten Toiletten der Gräfin zu sprechen kommt. — Ein Antrag des Rechtsbeistandes der Gräfin, des Rechtsanwalts Stempel auch den nichtöffentlichen Verhandlungen beiwohnen zu dürfen wird abgelehnt.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurde eine Frau Krahl (Berlin) vernommen, die 1903 bis 1904 Kindermädchen in der gräflichen Familie war. Sie gibt heute an, daß die früher von ihr an Graf Pfeil abgegebene eidesstattliche Versicherung nicht richtig sei. In den eidesstattlichen Versicherungen, die die Zeugin, später dem Detektiv Gräger gegeben hat, heißt es, daß die Gräfin eine kinderfreundliche, rechtschaffene und fürsorgliche Mutter ihrer Kinder gewesen sei. Der Bursche Zensen habe im gräflichen Hause unumschränkt geherrscht, und alles habe sich ihm gefügt. Zensen sei stundenlang mit dem Grafen in dessen Zimmer allein gewesen, und schließlich sei sogar das Bett der Gräfin aus dem Schlafzimmer, daß die Gräfin Pfeil eine sorgsame und liebevolle Mutter der Eheleute hinausgestellt worden. In Jauer sei es Stadtgespräch gewesen, daß der Graf die Gräfin mißhandelt habe und daß er eines Tages ihre Haare um seine Hand gewickelt, die Gräfin durchs Zimmer geschleift und geschlagen habe. Im Anschluß daran wird auf eine Reihe weiterer Zeugen, die der Angeklagte Graf Pfeil zu seiner Entlastung hatte laden lassen, verzichtet. Der Detektiv Gräger, der bis dahin auf Antrag der Verteidigung vor jeder neuen Zeugenvernehmung über die von ihm aufgenommenen eidesstattlichen Versicherungen den Saal hatte verlassen müssen, darf von jetzt ab den weiteren Zeugenvernehmungen beiwohnen. Das Kindermädchen Keebe, das die Kinder Stanislaus und Hella und später auch den kleinen Vallerian pflegte, bekundet ebenfalls, daß die Gräfin Pfeil eine sorgsame und liebevolle Mutter gewesen sei. Der Angeklagte Graf Pfeil, der inzwischen sichtlich zusammengefallen ist, erklärt hierauf, daß er weiteren Zeugenvernehmungen nicht mehr zu folgen vermöge, weshalb die Sitzung vertagt wird.

In der fortgesetzten Beweisaufnahme bekundet der frühere Kutscher des Grafen, Wrochonek, daß er ebenfalls öfters Streitigkeiten zwischen den Eheleuten beobachtet habe. Die Gräfin habe einmal laut um Hülfe gerufen, und als er, Zeuge, den Burschen Zensen später fragte, was denn los gewesen sei, habe dieser geantwortet: Weißt du das Neueste? Der Graf wollte die Gräfin erschießen. Auch bei einer anderen Gelegenheit soll der Graf einen Revolver in der Hand gehabt haben. Fortgegangen ist der Zeuge von dem Grafen, weil der Stall aufgelöst wurde und er auch zu einem besseren Herrn kommen wollte. Die Flucht der Gräfin erfolgte, als sich der Graf auf einem Liebesmahle befand. Der Zeuge vermag verschiedene Bekundungen, die er in seiner eidesstaatlichen Versicherung an Gräger gemacht hat, nicht aufrechtzuerhalten. Der Gerichtshof beschließt nach längerer Beratung, den Zeugen nicht zu vereidigen und die Akten zur weiteren Veranlassung der Staatsanwaltschaft zu übermitteln. — Die Zeugin Klahr, früher Kinderfräulein bei dem Grafen, bekundet, daß nach den Streitigkeiten der Eheleute ein wüstes Durcheinander im Zimmer herrschte. — Das Stubenmädchen Franke vom Hotel „Drei Kronen" in Jauer, in dem das gräfliche Ehepaar zunächst gewohnt hatte, bekundet, daß die Gräfin einmal von ihrem Zimmer aus um Hülfe gerufen habe. Als sie ins Zimmer trat, habe der Graf mit einer Klopfpeitsche am Fenster gestanden, während die Gräfin weinend am Tisch saß. Ein anderesmal ist die Gräfin vor ihrem Manne geflohen und hat sich unter dem Schutz der Hoteliersfrau gestellt, die sie bat, ihrem Manne nicht zu sagen, wo sie sei. Ueber diesen Vorfall macht der Angeklagte Mitteilungen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. — Die Aufwartefrau Kramm (Jauer) will beim Fensterputzen gesehen haben, daß der Graf die Gräfin an den Haaren ergriff und sie von einem Zimmer ins andere schleifte, bis er sie im letzten Zimmer einschloß. Der Graf habe später eine Unterhaltung mit ihr begonnen, um herauszubekommen, ob sie etwas gesehen und gehört hätte, sie hätte aber nur erwidert: Herr Graf, ich verstehe Sie nicht! Die Zeugin wird vereidigt, nachdem der Graf ihre Aussagen als unwahr bezeichnet hatte. Die gerichtlichen Schreibsachverständigen, denen verschiedene Briefe vorgelegt worden sind, erklären, es bestehe die Möglichkeit, daß die falsche Nota der Frau Rosenthal über 11 Mark von der Gräfin herrühre. Der anarchistische Drohbrief an den Freiherrn v. Richthofen sei weder von der Gräfin noch von dem Detektiv Gräger geschrieben. In dem Briefe wird dem Freiherrn angedroht, und zwar im Namen des anarchistischen Komitees, daß er getötet werden oder Pulver zu riechen bekommen werde, wenn er die Kinder nicht herausgebe. Bürobeamter der Kruppschen Werke, Grelle, erzählt den Vorgang, wo die Burschen die Zeit verschlafen hätten und vom Grafen daher zur Rede gestellt wurden. Der Graf soll dabei die Gräfin aufgefordert haben, ihm seinen Degen zu holen. Während der Graf behauptet, das sei geschehen, weil der Zeuge, der bei ihm Reitknecht war, mit der Mistgabel auf ihn eindrang, bestreitet dies Grelle ganz entschieden. — Zeugin Fräulein Bosch, Buffetriere in Straßburg, ist als 15jähriges Kindermädchen in die Dienste des Grafen getreten. Sie erklärt, daß sich manchmal die Straßenpassanten über die Vorgänge in der gräflichen Wohnung aufhielten. Als sie einmal an der Gräfin blaue und grüne Flecke bemerkte, habe die Gräfin gesagt, sie rührten von Mückenstichen her. Die Zeugin fügt hinzu, daß sie das nicht geglaubt habe. Der Graf sei auffällig liebenswürdig zu ihr gewesen und habe sie einmal aufgefordert, mit dem kleinen Stanislaus auf die Chaussee zu kommen, er werde auch dort sein. Damals hat sich die Zeugin nichts weiter dabei gedacht, heute nimmt sie an, daß der Graf etwas unrechtes von ihr verlangen wollte. — Zeuge Leutnant v. Schutter hat allein oder zusammen mit dem Grafen die im Ehescheidungsprozeß benannten Zeugen gesprochen. Bei dem Zeugen Bode ist er abgefallen. Ein Beisitzer macht den Zeugen darauf aufmerksam, daß er sich ungünstig über die Gräfin geäußert habe, worauf diese gegen ihn die Privatklage erhoben habe. Der Zeuge bestätigt, das Verfahren schwebe aber noch. Auf Befragen durch den Angeklagten bestätigt der Zeuge noch, daß sich die Gräfin einmal bei einem Ausfluge in abfälliger Weise über die alten Soldatenfamilien geäußert habe.

Aus aller Welt.

— **Im Verdachte des Gattenmordes.** Der Landwirt Gubdeck in Reimerswalde bei Elbing wurde Donnerstag morgen im Bette erschossen aufgefunden. Seine Frau wurde unter dem Verdachte verhaftet, den Mord begangen zu haben, da sie ein Liebesverhältnis unterhalten hatte.

— **Bei einem Säbelduell** wurde in Göttingen ein Student am Auge so schwer verletzt, daß ihm dasselbe in der Klinik entfernt werden mußte.

Reichstag.

Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wurde am Donnerstag fortgesetzt beim Kapitel: Behörden für Untersuchung von Seeunfällen. Abg. Schwarz (Soz) bedauert, daß die zum Staatssekretärtitel gestellt gewesene sozialdemokratische Resolution betr. Revision der Seemannsordnung, Unterstellung des gesamten Schiffahrtsbetriebes unter staatliche Aufsicht unter Mitwirkung von Personen aus dem Seemannsberuf, Errichtung eines Reichsschiffahrtsamtes mit zweckentsprechenden Lokalinstanzen 2c. abgelehnt worden ist,. und legt die Notwendigkeit derartiger Maßnahmen der unter Hinweis auf die vielen Seeunfälle. Die Forderung eines Reichsschiffahrtsamtes wird immer wiederkehren, so lange bis sie erfüllt ist. Redner wendet sich insbesondere noch gegen das zu schnelle Fahren der Schiffe. — Geh. Rat Ewald stellt gegenüber dem Vorredner fest, wie ungemein die Zahl der Schiffsunfälle und der damit verbundenen Todesfällen abgenommen hat. Für die französische Seegesetzgebung ist gerade die deutsche in zahlreichen Punkten vorbildlich gewesen. Das hat die französische Regierung bei einer internationalen Konferenz im Vorjahre ausdrücklich anerkannt. — Abg. Heckscher (Freis.) weist eine Bemerkung des Abg. Schwarz zurück, wonach nur die Matrosen arbeiten und die Schiffsoffiziere nichts tun.

Beim Kapitel Statistisches Amt bringt Abg. Dove (fr. Vp.) zur Sprache, daß aus der Ausfuhrstatistik für 1909 falsche Schlußfolgerungen gezogen worden sein. — Staatssekretär Delbrück erwidert, daß die betreffende Behörde die Anordnung mißverstanden habe. — Abg. Bassermann (natl.): Nach den Erhebungen des statistischen Amtes über die Verhältnisse in der Binnenschiffahrt findet eine Flucht der Arbeiter aus der Schiffahrt in die Industrie statt, weil die Verhältnisse in der Schiffahrt immer schwerer werden. Darum haben die Schiffer den dringenden Wunsch nach gesetzlicher Festlegung der Nacht- und Sonntagsruhe. — Staatssekretär Delbrück: In dieser Sache steht noch ein Gutachten des Reichsgesundheitsamtes aus. — Abg. Brey (Soz.) bespricht die Arbeiterverhältnisse in der chemischen Industrie, besonders in den Elberfelder Farbwerken. Der Redner begründet eine Resolution auf Veranstaltungen von Untersuchungen der Arbeitsverhältnisse in Betrieben, in denen mit giftigen und explosiven Stoffen gearbeitet wird. — Abg. Gothein (frs. Vpt.) tritt für eine gesetzliche Nacht- und Sonntagsruhe in der Binnenschiffahrt ein. Bei den Vorarbeiten müssen auch die Arbeitnehmer zugezogen werden. — Abg. Legien (Soz.) fordert eine Genossenschaftsstatistik und eine Verbesserung der Streikstatistik. — Eine Zentrumsresolution, die eine Verbesserung der Streikstatistik fordert, wird angenommen, ebenso eine Resolution der Sozialdemokraten, die sich scharf gegen die bisherige amtliche Statistik ausspricht. Die sozialdemokratische Resolution über die Arbeitsverhältnisse in den gefährlichen Betrieben wird abgelehnt.

Zum Kapitel Reichsgesundheitsamt liegen Resolutionen bezw. Anträge verschiedener Parteien vor, so u. a. eine Zentrumsresolution über die Wohnungsverhältnisse. Abg. Jäger (Ztr.) und Abg. Dr. Junck (natl.) begründen die Wohnungsresolution. — Staatssekretär Delbrück erklärt, das Wohnungsproblem dürfe nicht unterschätzt werden, diese Frage werde aber vor allem durch die Komunen gelöst werden müssen; ein Reichsgesetz sei zu schwierig. Die Bundesstaaten müßten sich der Sache annehmen, ebenso die gemeinnützigen Vereine. — Abg. Gleitsmann (Zentr.) weist auf das Wohnungselend in der Großindustrie hin. — Abg. Kobelt (wildlib.) spricht über die Konservierung von Fleisch. Eine reichsgesetzliche Regelung der Frage sei notwendig. — Abg. Baumann (Zentr.) bekämpft die Weinpantscherei und fordert eine Reichszentrale für die Weinkontrolle. Geh. Rat Frhr. von Stein: Durch das Weingesetz wird eine genügende Kontrolle ausgeübt. Die Aera der alljährlichen Weindebatten sollte doch wirklich als abgeschlossen gelten. (Beifall.) — Abg. Dr. Rösicke (kons.): Es geschieht alles, um die Kontrolle wirksam durchzuführen. Grund zur Beunruhigung liegt nicht vor. — Abg. Lehmann (Soz.) spricht über Bleivergiftungen. — Darauf vertagt sich das Haus.

Zweite Kommissionslesung der Wahlrechtsvorlage.

Die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses begann Donnerstag vormittag die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage.

§ 1 wurde nach dem Vorschlag der Redaktionskommission in folgender Fassung angenommen: „Jeder Preuße, der das 24. Lebensjahr vollendet hat, ist in der Gemeinde, wo er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder freiwilligen Aufenthalt hat, zu wählen berechtigt." Es wurde hierbei festgestellt, daß solche Personen, welche Lungenheilanstalten zugewiesen sind, als wahlberechtigt gelten, weil dieser Aufenthalt als ein freiwilliger anzusehen ist. § 2, der die Personen bestimmt, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, wurde unverändert angenommen, ebenso § 3, der die Vorschriften über das passive Wahlrecht enthält.

§ 4 lautet nach den Beschlüssen der ersten Lesung: „Die Abgeordneten werden von Wahlmännern in Wahlbezirken, die Wahlmänner von den Wählern in Stimmbezirken gewählt. Die Wahl der Wahlmänner erfolgt mittels verdeckter Stimmzettel." Die Konservativen beantragen die öffentliche Wahl für die Wahlmännerwahl. Zur Begründung dieses Antrages führte ein konservativer Redner aus, daß die konservative Partei gern mit der Regierung etwas zustande bringen möchte, trotzdem diese Reform darauf hinausführe, die Konservativen zu schwächen. Die Konservativen seien aber so selbstlos, daß sie bereit seien, trotzdem mitzuarbeiten. Seine Partei halte aber grundsätzlich an der öffentlichen Wahl fest. Welche Leute die geheime Wahl forderten, bewiesen die Vorgänge vom letzten Sonntag nach der Intellektuellen-Versammlung in Berlin. Da wäre ein Trupp unter Führung eines Demokraten auf den Hof des „Vorwärts" gezogen und hätte dort Hochs ausgebracht. Der Minister des Innern erklärte, der Standpunkt der Regierung sei nicht zweifelhaft, sie bleibe stehen bei der Vorlage und deren Begründung. Ein nationalliberaler Vertreter betont, daß seine Partei am geheimen Wahlrecht festhalte. Ein freisinniger Redner wirft die Frage auf, worin eigentlich die Selbstlosigkeit der Konservativen dieser Vorlage gegenüber bestehe. Jeden Fortschritt des Wahlrechts lehne die konservative Partei ab. Die Vertreter der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Polen sprachen sich für die geheime Abstimmung aus. Die Freikonservativen erklärten sich für die Wiederherstellung der öffentlichen Wahl. Auf die Bemerkung eines konservativen Redners, daß keine Partei der Regierung so weit entgegengekommen sei, als die konservative, weist ein nationalliberaler Redner darauf hin, daß nach der eigenen Erklärung der Regierung die direkte Wahl das Hauptstück der Vorlage sei. Und gerade das wollen die Konservativen mit Hilfe des Zentrums beseitigen. Der Vertreter der Konservativen bestreitet, daß die Mehrheit der Wähler im Lande für das geheime Wahlrecht sei. Dagegen liefert ein freisinniger Redner statistisch den Nachweis, daß die Wahlkreise der Konservativen 14 Millionen Einwohner umfassen, dagegen diejenigen der für die geheime Wahl eintretenden Parteien 23 Millionen Einwohner. Bei der Abstimmung wird der konservative Antrag auf Wiederherstellung der öffentlichen Abstimmung mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Dann wurde beschlossen, die Diskussion über § 4 zu verbinden mit dem von der Kommission in erster Lesung neu beschlossenen § 16a: „Die Wahlmänner werden in jeder Abteilung aus der Zahl der stimmberechtigten Wähler des Stimmbezirks ohne Rücksicht auf die Abteilung gewählt." Die Nationalliberalen hatten Beseitigung der indirekten Wahl beantragt und die Bestimmung, daß der Wahlmann aus dem ganzen Wahlbezirk entnommen werden darf, das Zentrum dagegen, daß in Gemeinden, welche in mehrere Urwahlbezirke zerfallen, der Wahlmann aus den Wählern der ganzen Gemeinde gewählt werden kann, in Berlin aus jedem der betreffenden Wahlbezirke. Gegen den nationalliberalen Antrag sprachen die konservativen, freikonservativen und Zentrumsredner. Der nationalliberale Antrag wurde mit 17 gegen 9 Stimmen abgelehnt, der Zentrumsantrag mit 20 gegen 8 Stimmen angenommen. Bei der Abstimmung über den § 4 trennten sich die Freikonservativen, so daß die Annahme des § 4 des Kompromisses mit 17 gegen 11 Stimmen erfolgte. Schließlich wurde noch ein freisinniger Antrag, nähere Ausführungen zur Sicherung der geheimen Wahl in das Gesetz aufzunehmen, mit 19 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Beim § 6 kam die Frage der Drittelung nach Urwahl- oder Gemeindebezirken zur Sprache. Freikonservative und Nationalliberale hatten die Rückkehr zu der Drittelung nach Gemeinden beantragt. Die Debatte wurde namentlich zwischen Nationalliberalen und Zentrum geführt. Sie endete damit, daß der vereinigte freikonservativ-nationalliberale Antrag mit 19 gegen 9 Stimmen abgelehnt wurde.

Weiter wurde die Frage der

Maximierung

in Verbindung mit einem nationalliberalen Antrage, wonach die fingierte Steuer der Steuerfreien von 3 ℳ auf 5 ℳ erhöht werden sollte, diskutiert. Bei der Abstimmung wurde ein konservativer Antrag angenommen, statt 5 ℳ 4 ℳ zu setzen, gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten.

In der Nachmittags-Sitzung

wurde die Beratung der Wahlrechtsvorlage beendet. Bei § 7, betr. die Einteilung der Wähler in die Wahlabteilungen, wurde ein nationalliberaler Antrag, wonach die erste Abteilung mindestens ein Zehntel, die zweite mindestens zwei Zehntel der Wähler enthalten muß, abgelehnt. Zu § 8, der von der Privilegierung der Gebildeten handelt, liegen eine Reihe von Anträgen vor, welche einer Anzahl sogenannten „Kulturträger" ein höheres Stimmrecht zuweisen will, nachdem die dahingehenden Vorschriften der Regierungsvorlage in erster Lesung gänzlich gefallen waren. Die Anträge werden wiederum sämtlich abgelehnt. Eine Reihe weiterer Paragraphen wird ohne wesentliche Debatte angenommen. Zu § 17, zu welchem in erster Lesung beschlossen war, in Zukunft die Wahl der Wahlmänner nur noch in der Form der Friswahl vorzunehmen, beantragen die Konservativen, daneben die Terminwahl zuzulassen. Der Antrag wurde mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt. § 21a handelt von der Wahl der Abgeordneten. Die Freisinnigen beantragen auch für diese Wahl geheime Wahl. Der Antrag wurde mit allen gegen 8 Stimmen der Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt, nachdem ein konservativer Redner erklärt hatte, daß für seine Partei das Gesetz mit der geheimen Abstimmung bei den Wahlmännerwahlen unannehmbar sei. Die übrigen Paragraphen wurden unverändert angenommen. Vor der definitiven Abstimmung erklärte ein Vertreter der Konservativen, daß seine Partei den Beschlüssen des Kompromisses nur mit allem Vorbehalte zugestimmt habe. Die Abstimmung hier in der Kommission lasse der Fraktion und jedem Mitgliede derselben im Plenum volle Freiheit. Ein freikonservativer Redner führte aus, seine Freunde neigten der Kombination der geheimen Wahl mit der indirekten Wahl zu. Zweifelhaft sei es aber, ob seine Partei für dieses Gesetz stimmen könne. Jedenfalls lehne sie heute die Zustimmung ab, nachdem aus dem Gesetz die Terminwahl völlig beseitigt, eine Lücke auch hinsichtlich der Privilegierung der Bildung entstanden und die Drittelung in den Urwahlbezirken beibehalten worden sei. Ein Zentrumsredner sieht in den zustande gekommenen Beschlüssen eine Verbesserung des bestehenden Gesetzes. Die Vertreter des Zentrums würden für das Gesetz stimmen, ohne die Fraktion zu präjudizieren. Im Gegensatz dazu erklärte ein nationalliberaler Redner, daß seine Freunde die Vorlage ablehnen müßten, allerdings auch ohne die Fraktion zu präjudizieren. Auch die Vertreter der Polen und der Sozialdemokratie erklärten ihre ablehnende Haltung. Ein freisinniger Redner betonte, daß seine Freunde schon im Plenum bemerkt hätten, daß sich das Gesetz zur Beratung in der Kommission überhaupt nicht eigne. Seine Freunde hätten an der Fraktionsarbeit teilgenommen. Was aber jetzt zustande gekommen sei, wäre derartig, daß es als Abschlagszahlung überhaupt nicht in Betracht kommen könnte.

In der Gesamtabstimmung wurde die Vorlage mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen. Dafür stimmten nur die Deutschkonservativen und das Zentrum. Man ging dann über zur

Beratung der vorliegenden Resolutionen.

Eine Resolution der Freisinnigen ersucht die Regierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den auf Grund der Ergebnisse der letzten Volkszählung und entsprechend dem Grundsatze des Gesetzes vom 27. Juni 1860 eine andere Wahlkreiseinteilung vorgenommen wird. Eine nationalliberale Resolution verlangt, daß durch Gesetz insoweit eine Vermehrung der Abgeordneten herbeigeführt wird, wie sie nach Maßgabe der veränderten Wirtschafts- und Bevölkerungsverhältnisse angemessen erscheint. Eine sozialdemokratische Resolution will vor jeder regelmäßigen neuen Wahlkreiseinteilung vor jeder Wahl die Vorlegung eines Gesetzentwurfs, der allen Personen über 20 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts das gleiche Wahlrecht einräumt. In der Abstimmung wurde die sozialdemokratische Resolution gegen die Stimmen der Antragsteller, der freisinnige Antrag gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten, und der nationalliberale Antrag gegen die 8 Stimmen der gesamten Linken abgelehnt. Eine Resolution der Nationalliberalen ersucht die Regierung weiter, bei der bevorstehenden Revision der Strafprozeßordnung auf die Aufnahme einer Bestimmung hinzuwirken, wonach die Befragung eines Zeugen darüber, wem er bei geheimer Wahl seine Stimme gegeben hat, verboten wird. Die Resolution wurde gegen zwei Stimmen angenommen, ebenso eine freisinnige Resolution gegen die Stimmen der Rechten, die gleichen Vorschläge zur Sicherung des Wahlgeheimnisses zu unterbreiten, wie sie der am Vormittag abgelehnte Antrag enthielt.

Am Dienstag erfolgt die Feststellung des Berichts für das Plenum. Berichterstatter ist der Abgeordnete Bell (Zentrum).

Die Budgetkommission

des Abgeordnetenhauses begann am Donnerstag vormittag die Beratung des Kultusetats. Auf die Frage, ob endgültige Beschlüsse in der Richtung einer etwaigen Abtrennung der Medizinalabteilung von dem Ministerium vorliegen, erklärte der Minister, daß solche noch nicht gefaßt seien. Ein Zentrumsredner beklagte, daß unter den Ordensgesellschaften nur wenige durch das Gesetz von 1883 Rechtsfähigkeit besitzen und daß sie zu ausführlichen Berichten veranlaßt werden. Die Vermehrung der Ordensleute in den einzelnen Niederlassungen stoße zuweilen auf große Schwierigkeiten. Der Minister entgegnete, daß das Episkopat in Verhandlungen über die Rechtsfähigkeit der Ordensgesellschaften stehe. Ein nationalliberaler Redner beklagt sich, daß die verschiedenen Buß- und Bettage zu Unzuträglichkeiten führen. Ein freisinniges Kommissionsmitglied erklärte, eine Erklärung des Ministeriums könne nur durch die Schaffung eines besonderen Unterrichtsministeriums herbeigeführt werden. Ein Vertreter des Zentrums fragte an, ob bei der Ueberführung der Medizinalabteilung an das Ministerium des Innern die medizinischen Fakultäten diesem unterstellt werden. Für eine Trennung des Unterrichts vom Kultus würden seine Freunde nie zu haben sein, da beide ihrer ganzen historischen Entwicklung gemäß zusammengehören. Der Minister erwiderte, daß alle Universitätsangelegenheiten beim Kultusministerium bleiben sollen. Ein nationalliberaler Redner trat für die Festlegung des Ostertermins ein. Ein Vertreter der Freikonservativen wünschte ebenfalls die Festlegung des Ostertermins. Redner der Konservativen und des Zentrums sprechen sich gleichfalls für die Festlegung des Ostertermins aus, worauf der Minister erklärte, die Frage erneut prüfen zu wollen.

Deutschland.

— **Der Seniorenkonvent** des Reichstages trat Donnerstag vor Beginn der Plenarsitzung zusammen, um sich über die Geschäftslage und die Fertigstellung des Etats zu verständigen. Es stehen noch fünfzehn Tage hierfür bis Ostern zur Verfügung, wenn bis zum 19. März einschließlich getagt wird. Man will versuchen, auf Grund der Kontingentierung bis dahin fertig zu werden; wenn es nicht anders geht, muß noch am Montag und Dienstag der Charwoche getagt werden. Die dritte Lesung des Etats soll in zwei Tagen, am 18. und 19. März, erledigt werden. Die Osterferien sollen bis zum 12. April dauern. Man rechnet damit, daß der Schluß oder vielmehr die Vertagung des Reichstages zu Himmelfahrt eintreten wird.

— **In der Geschäftsordnungskommission** des Abgeordnetenhauses wurden die beiden Teile des konservativen Antrages, betreffend Aenderung der Geschäftsordnung, getrennt behandelt und beschlossen, für den ersten Teil, betr. Aufrechterhaltung der Ordnung, eine Subkommission zu ernennen, und zwar gegen die Stimmen des polnischen und des freisinnigen Mitgliedes. Der zweite Teil des Antrages, betr. die Einschränkung zu langer Reden, wurde gegen die Stimmen der Konservativen und Freikonservativen abgelehnt.

— **(Zur Anwendung des Reichsstempelgesetzes.)** Der Bundesrat hat genehmigt, daß in denjenigen Fällen, in denen die bei der ersten Ausgabe von Wertpapieren mit diesen vor dem 1. August 1909 in Verkehr gegebenen Gewinnanteilschein- und Zinsbogen auf einen kürzeren als zehnjährigen Zeitraum lauten, die Reichsstempelabgabe von den zur Erneuerung dieser Bogen ausgegebenen Bogen aus Billigkeitsrücksichten um so viel, als der an dem bezeichneten Zeitraum fehlenden Anzahl Jahre entspricht, gekürzt und die Erhebung des hiernach verbleibenden Steuerbetrages bis nach Ablauf dieses Zeitraums ausgesetzt werde.

— **(Wer hat Bülow gestürzt?)** Die Konservativen behaupten immer wieder — erst kürzlich hat das der Abgeordnete Dr. Hahn im Reichstag getan — Fürst Bülow habe sich selbst gestürzt. Dem gegenüber erklärt die „N. Gesellsch. Korrespondenz":

> Diese Lüge findet ihre bündige Widerlegung nicht nur in der gut begründeten Ueberzeugung des vierten Kanzlers (der doch schließlich am besten wissen muß, ob er Harakiri gemacht hat), sondern der „ungekrönte König von Preußen" selbst hat es ausgesprochen, daß er den Kanzler stürzte. Herr von Heydebrand hat vorher, nicht nur einmal, schriftlich und mündlich, erklärt, daß er den Fürsten Bülow beseitigen wollte, und er hat nachher seiner Befriedigung über den gelungenen Streich unverhohlenen Ausdruck gegeben. Natürlich nicht öffentlich!"

Die „Neue Gesellsch. Korrespondenz", die während der Blockära bekanntlich dem Fürsten Bülow besonders nahegestanden hat, droht, falls die „plumpen Geschichtsfälschungen" der Bülowgegner nicht aufhörten, deutlicher zu werden. Da die Korrespondenz über besondere Informationen zu verfügen scheint, so kann man auf weitere Enthüllungen gefaßt sein.

— **Ueber die Frage der Schiffahrtsabgaben** durfte es nach offiziösen Andeutungen zwischen den Bundesstaaten, Sachsen und Baden eingeschlossen, auf folgender Basis zu einer Einigung kommen: Der anfangs in Erwägung gezogene Zwangsbeitritt zu den Zweckverbänden wird durch einen selbständigen von der Mitwirkung des Bundesrats völlig losgelösten Zweckverband der Uferstaaten ersetzt. Die Frage der Stromunterhaltungskosten, die — nach einem Vorschlag — teilweise aus den Kassen für die Schiffahrtsabgaben bestritten werden sollen, ist noch nicht völlig erledigt, wird aber eine einmütige Antwort in kurzem finden. Das größte Hindernis stellte die Tariffeststellung dar. Hier hat Preußen den Staffeltarifen grundsätzlich seine Zustimmung erteilt. Durch diesen Tarif kommen angeblich die Binnenstaaten mit billigeren Sätzen fort, obwohl die Strombau- und Unterhaltungskosten für diese Flußteile nicht geringer sind als für die unteren Gebiete.

Ausland.

Frankreich.

— **(Der französische Marineskandal.)** Die behördliche Untersuchung der Durchstechereien im Arsenal von Toulon fördern ungeheuerliche Enthüllungen zutage. In Paris waren bei einer Anzahl von Firmen, die als Komplizen in Frage kommen, Haussuchungen angeordnet worden. In anderen Städten haben ebenfalls solche Nachforschungen stattgefunden, so in Corbeille bei der großen Eisenbahnbaufirma Decourville, wo die gesamte Buchhaltung einer eingehenden Durchsicht unterzogen, eine ganze Anzahl Dokumente beschlagnahmt und nach Toulon geschafft wurde. In Lorient wurde im Hause eines der wichtigsten Lieferanten des Marine- und Kriegsministeriums, Felix Bagay, eine eingehende Haussuchung vorgenommen und eine Anzahl von Briefschaften mit Beschlag belegt. In den Tagebüchern von Bagay wurden Aufzeichnungen über Trinkgelder an Marinebeamte und andere Arsenalangestellte entdeckt. In Paris nahm der Polizeichef Hamard diese Untersuchungen persönlich vor.

— **(Neue Streikaussichten in Frankreich.)** Die seit Jahren unter den Lokomotivführern und Heizern der Staatseisenbahngesellschaft und den Eisenbahnarbeitern der anderen Gesellschaften herrschende Unzufriedenheit scheint Frankreich in einen neuerlichen Ausstand von riesigem Umfang stürzen zu sollen. Jetzt haben die Lokomotivführer und Heizer in einer bis 2 Uhr nachts dauernden Versammlung im Prinzip den Generalstreik beschlossen. Vorher hatte der Minister der öffentlichen Arbeiten, Millerand, eine Abordnung der beiden Gruppen empfangen, aber keine die Petenten befriedigenden Zusicherungen machen können. Der Führer des Bundes der Eisenbahnarbeiter erklärte im Namen seiner Genossen sich für den Fall eines Streiks mit den Lokomotivführern und Heizern solidarisch.

In Halluin (Nordfrankreich), wo die Weber streiken, kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Ausständigen und Gendarmen. Zahllose Fabrikfenster wurden eingeworfen und eine Anzahl Menschen verletzt.

— **(Der französische Lenkballon.)** Das lenkbare Luftschiff „Colonel Renard" hat Dienstag zum ersten Male seit seiner Rückkehr aus Reims einen Aufstieg unternommen. Das Luftschiff umkreiste die Stadt, sowie den Turm der Kathedrale. Er wurde gesteuert vom Ingenieur Kapferer. Die Veränderungen, welche an dem Luftschiff vorgenommen wurden, sind zur Befriedigung ausgefallen.

England.

— **Die Lohnstreitigkeiten im englischen** Bergbau nehmen kein Ende. Trotzdem die Lage in Südwales offenbar recht bedrohlich ist, erklärte der Agent der Bergleute John Williams, Mitglied des Unterhauses, in einer Ansprache in Swansea, die Krisis würde freundschaftlich beigelegt werden, wenn die Unternehmer sich nicht geradezu unverständig verhielten. Die Situation sei nicht so zugespitzt, als man sich vorstelle. — In Ventre wurde bekannt, daß auch die nicht dem Verbande der Kohlengrubenbesitzer angehörigen Gruben am 31. März die Arbeit einstellen werden, da es unmöglich erscheint, daß zwischen den Grubenbesitzern und dem Bergarbeiterverband eine Einigung zustande kommt. Danach erscheint es fraglos, daß alle Gruben in Südwales an diesem Tage den Betrieb einstellen.